



„Sie schossen von überall“
Blutige Unruhen in Usbekistan

Dokumentation des Fokus Ost-Südost
in Zusammenarbeit mit
DW-RADIO/Russisch und DW-WORLD.DE

Herausgeber: Deutsche Welle
Fokus Ost-Südost
Kurt-Schumacher-Straße 3
53113 Bonn
Telefon: 0228 429-4501
Telefax: 0228 429-4500
ostfokus@dw-world.de
<http://www.dw-world.de/ostfokus>

Redaktion: Bernd Johann
Britta Kleymann

Mitarbeit: Markian Ostaptschuk
Karolina Neve
Olga Heine
Sheila Mysorekar

Bonn, im Juni 2005

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
I. Das Blutbad von Andischan und die Folgen	
Eine Augenzeugin berichtet aus Andischan	7
Es wurde scharf geschossen in Usbekistan	8
Auslöser der Unruhen war ein Gerichtsprozess	10
Die ungelösten Probleme Usbekistans	11
Informationsblockade über Andischan	13
Gefilterte Informationen aus Andischan	14
Besuch im usbekischen „Disneyland“	16
Opposition fordert unabhängige Informationen	17
Zentralasien kurz vor der Destabilisierung?	19
Gespannte Lage an der usbekisch-kirgisischen Grenze	20
Alltag im kirgisischen Flüchtlingslager	21
„Weiten Teilen der Bevölkerung platzt der Kragen“ – Interview mit Uwe Halbach, Stiftung Wissenschaft und Politik	24
Regimewechsel in Usbekistan ist denkbar – Interview mit Klaus Segbers, Osteuropa-Institut FU Berlin	25
„Es ist nicht vorstellbar, dass sich der Protest über das ganze Land ausbreitet“ – Interview mit Georg Warning, <i>amnesty international</i>	27
„Die Quelle des Radikalismus ist das Karimow-Regime“ – Interview mit Muchammed Salich, Führer der Oppositionspartei <i>Erk</i>	28
Russland will das „usbekische Boot“ nicht ins Wanken bringen – Interview mit Wiktor Kuwaldin, russischer Politologe	30
Islamische Partei in Tadschikistan fordert Dialog zwischen Politik und Religion ..	31

II. Internationale Reaktionen

EU-Außenminister kritisieren usbekische Regierung	32
Die EU darf sich nicht zum Komplizen Karimows machen	34
NATO verurteilt Vorgehen der usbekischen Führung	36

III. Viele Anzeichen für eine Eskalation im Vorfeld

Strafverfolgung gegen Muslime in Usbekistan.....	39
Protest gegen Miliz-Willkür in Usbekistan.....	41
Usbekistan: Drohen neue Repressionen gegen kritische Journalisten?.....	42
Geheime Hinrichtungen in Usbekistan.....	44
Usbekische Oppositionelle fürchten eine Eskalation der Gewalt.....	45
Umstrittene Parlamentswahlen in Usbekistan.....	47
Wahlfarce in Usbekistan.....	48

Vorwort

„Sie schossen von überall, von Bäumen und Hausdächern. Ein Teil der Menschen suchte Schutz im Gebäude der Stadtverwaltung. Aber eine Sondereinheit erschoss diese Menschen. Dabei wurden viele Frauen und Kinder getötet.“ So die Aussage einer usbekischen Augenzeugin im Gespräch mit Redakteuren des Russischen Radioprogramms der Deutschen Welle. Die Frau hatte Angst und wollte nicht, dass die Redaktion ihren richtigen Namen in dem Bericht verwendet. Denn die Sendungen der Deutschen Welle sind in ihrer Heimat zu empfangen. Und dort werden noch immer die Ausmaße des Blutbades von offizieller Seite heruntergespielt. Die Menschen in der Region sind auf das Programm der DW angewiesen, wenn sie unabhängige Informationen über die Ereignisse in Andischan und anderen Städten im Osten Usbekistans suchen.

In einer speziellen Sendung des Russischen Programms, dem „Zentralasien-Fenster“, verbreitet die Deutsche Welle Informationen, die die staatlich kontrollierten Medien in der Region nicht bringen. Die ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien sind weit von Demokratie und Pressefreiheit entfernt. Nach dem politischen Umschwung in Georgien, der Ukraine und zuletzt in Kirgisistan ließ in Usbekistan nun Präsident Islam Karimow auf das Volk schießen. Offiziell heißt es, islamische Terroristen seien getötet worden. Menschenrechtler fürchten hingegen, dass bis zu 1000 Menschen, darunter vor allem Zivilisten, bei den blutigen Unruhen am 13. Mai dieses Jahres ums Leben gekommen sind.

Korrespondenten des Zentralasien-Fensters im Russischen Programm warnten schon seit Wochen vor einer Eskalation der Gewalt. Sie berichteten über wachsende Repressionen gegen Oppositionelle und die Medien, Miliz-Willkür, geheime Hinrichtungen und Schauprozesse wie der in Andischan, der offenbar zum Auslöser der Unruhen wurde. Das Zentralasien-Fenster von DW-RADIO/Russisch hat auf die Ereignisse in Usbekistan unmittelbar mit verstärkter Berichterstattung reagiert.

Auch das mehrsprachige Internetangebot der DW, DW-WORLD.DE, hat permanent über die Lage in Usbekistan berichtet. Denn gerade in Krisenzeiten wird das Internet intensiv genutzt. Sowohl innerhalb wie außerhalb jedes Landes dient das Internet insbesondere in kritischen Zeiten als Forum, um Meinungen auszutauschen und Information zu verbreiten – so auch bei der aktuellen Krise in Usbekistan. Auf den deutsch- und russischsprachigen Seiten von DW-WORLD.DE wurde die Lage in aktuellen Nachrichten und in fundierten Hintergrundberichten analysiert; spezielle Dossiers mit großen Fotostrecken rundeten das Informationsangebot ab.

Über Fokus Ost-Südost, den Newsletter der DW-Radioprogramme für Ost- und Südosteuropa, hat ein Teil der Berichte von DW-RADIO/Russisch bereits ein deutschsprachiges Publikum erreicht. In diesem Dossier haben wir für Sie weitere Beiträge von DW-WORLD.DE und DW-RADIO zusammengestellt.

Guido Baumhauer
Chefredakteur DW-WORLD.DE

Miodrag Soric
Chefredakteur DW-RADIO

Bonn, 1. Juni 2005

„Sie schossen nicht nur aus dem Inneren der Panzerwagen. Obendrauf saßen Menschen in Schwarz, in schwarzen Tarnanzügen und in schwarzen Schutzwesten. Diese Menschen schossen mit Maschinengewehren. Sie schossen in die Menge auf dem Platz. Es gab keinen Versuch, eine friedliche humane Lösung zu finden. Niemand überlegte sich, warum sich Tausende Menschen auf dem Platz versammelt haben, ob das Terroristen sind oder normale Bürger.“

Augenzeugin Halima Bucharbajewa über die Proteste in Andischan

„Ich schaffte es, 400 Leichen zu zählen. Dann wurde mir verboten, mich dort aufzuhalten. Aber es gab da viel mehr Tote. Es waren hauptsächlich Männer. Einem fehlte der Arm, dem anderen der Schädel, der Dritte hatte keine Beine. Es war schrecklich.“

Augenzeugin Gulbador Turajewa über ihre Eindrücke in der Schule Nr. 15, Andischan

„Der Asphalt war voller Blut. Es lagen Gehirnteile, verschiedene Reste menschlicher Organe, Kinderschuhe und viel Kinderkleidung herum. Leute, die da waren, erzählten, wie die Leichen auf Lastwagen verladen und weggebracht wurden. Viele suchten unter den Leichen, die noch nicht weggebracht waren, nach ihren Angehörigen. Als wir ankamen, lagen da 19 Leichen. Darunter zwei Frauen. Bemerkenswert war, dass jeder Tote drei Einschusslöcher im Kopf hatte. Frauen in hysterischem Zustand liefen herum und suchten ihre Kinder.“

Augenzeuge Ruslan Jarmoluk über Andischan am Tag danach

I. Das Blutbad von Andischan und die Folgen

Eine Augenzeugin berichtet aus Andischan

Die usbekische Regierung hält an ihrer Darstellung fest, wonach die Staatsmacht in Andischan lediglich auf terroristische Gewalt reagiert habe. Doch Augenzeugenberichte bestätigen diese offizielle Version nicht.

Die usbekische Journalistin Gulendam Artykowa, für die wir auf ihren Wunsch hin ein Pseudonym verwenden, war Zeugin der Ereignisse in Andischan. Sie berichtete der Deutschen Welle, seit dem 13. Mai seien aus den Städten Andischan, Kara-Suu und Pachtaabad mehr als 3500 Leichen auf Militärfahrzeugen abtransportiert und an einen unbekanntem Ort gebracht worden. Gulendam Artykowa berichtet, was sie in Andischan während der Massenproteste beobachtet hat:

„Zwei Tage lang fanden im Zentrum Andischans spontane Kundgebungen statt. Die Teilnehmer verlangten die Freilassung einer Gruppe von Geschäftsleuten, die zuvor von einem Gericht wegen ihrer Mitgliedschaft in der nicht zugelassenen religiösen Bewegung *Akromija* verurteilt worden waren. Am 12. Mai kamen am Nachmittag Vertreter der lokalen Behörden zu den Demonstranten, darunter Vertreter der Staatsanwaltschaft und der Stadt- und Gebietsverwaltung sowie des usbekischen Innenministeriums.

Immer mehr Menschen versammelten sich auf dem Platz. Der Führer der Bewegung *Akromija*, Scharipschan Schakirow, forderte, die Strafsache gegen die 23 Verurteilten zu überprüfen. Danach sprachen der Staatsanwalt des Gebiets und mehrere Richter. Sie sagten, eine Überprüfung könne nur durch das Oberste Gericht Usbekistans durchgeführt werden. Daraufhin ergriffen Leute aus der Menschenmenge das Wort. Sie sagten, man habe ihren Grund und Boden beschlagnahmt, der Staat zerstöre ihre Existenzgrundlage. Die Menschen forderten die Rückgabe ihres Eigentums.

„Dann schossen sie plötzlich auf die Menschenmenge“

Waffen hielten die Menschen nicht in ihren Händen. Allerdings mischten sich bewaffnete Milizionäre unter die Menschenmenge. Gegen Abend kamen Vertreter des Nationalen Sicherheitsdienstes zu den Menschen - in zivil, aber mit Helmen, schusssicheren Westen und Maschinengewehren ausgestattet. Sie forderten über ein Megafon die Menschen auf, auseinander zu gehen, weil sie die Blockade des Verkehrs in der Innenstadt nicht länger dulden würden.

Dann schossen sie plötzlich auf die Menschenmenge. Die Demonstranten warfen mit Steinen. Als es dunkel wurde, begann die Menschenmenge die Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsdienstes vor dem Gebäude des lokalen Sicherheitsdienstes in der Stadt einzukreisen. Die Sicherheitskräfte schossen daraufhin erneut auf die Menschenmenge. Danach liefen die Menschen auseinander. Ein Teil der Menschen lief zum Gefängnis, entwaffnete die Wachen und befreite die Gefangenen. Mit den erbeuteten Waffen gingen dann die Menschen auf ein Milizbataillon zu. Die

Milizionäre leisteten keinen Widerstand und übergaben ihre Waffen an die Demonstranten.

„Viele Frauen und Kinder wurden getötet“

In diesem Moment begann eine herangeeilte Armeekolonnie auf die Menschen zu schießen. Sie schossen von überall, von Bäumen und Hausdächern. Ein Teil der Menschen suchte Schutz im Gebäude der Stadtverwaltung, aber eine Sondereinheit, die zum Gebäude heraneilte, erschoss diese Menschen. Dabei wurden viele Frauen und Kinder getötet. Erschossen wurde auch Scharipschan Schakirow.“

Gulendam Artykowa berichtete der Deutschen Welle weiter, dass die Staatsmacht auch jetzt noch Zeugen und Teilnehmer jener Ereignisse liquidiere. Etwa 700 unbewaffnete Menschen seien in Andischan, Pachtaabad und Kara-Suu erschossen worden. Die Leichen seien an einen unbekanntem Ort gebracht worden. Die Behörden behaupteten unterdessen, sie würden nach Straftätern fahnden, die in der Nacht vom 12. auf dem 13. Mai aus dem Gefängnis befreit worden seien.

*Vitali Volkov
DW-RADIO/Russisch, 22.5.2005*

Es wurde scharf geschossen in Usbekistan

Das Militär der zentralasiatischen Republik Usbekistan hat einen Aufstand gegen die Staatsführung blutig niedergeschlagen. Im Fergana-Tal wollten Aufständische und Zehntausende Demonstranten mehr Demokratie erzwingen.

„Sowohl die Demonstranten als auch die Aufständischen, die sich in der Gebietsverwaltung verschanzt hatten, wurden aus gepanzerten Fahrzeugen, automatischen Waffen und Gewehren beschossen“, sagte der Anwalt Sidschachon Sajnabitdinow. Es seien hunderte Tote und Verletzte zu befürchten. Augenzeugenberichten zufolge schossen die Soldaten in der Stadt Andischan wahllos auf Menschen, darunter Frauen und Kinder. Der Chef einer Menschenrechtsorganisation, Lutfulo Schamsutdinow, sagte, er habe gesehen, wie etwa 200 Leichen mit Lastwagen abtransportiert worden seien.

Der Angriff des Militärs richtete sich vor allem gegen das von bewaffneten Aufständischen besetzte Gebäude der Gebietsverwaltung. Zehntausende Demonstranten auf dem zentralen Platz von Andischan hatten gegen einen umstrittenen Extremismus-Strafprozess protestiert und den Rücktritt des autoritären

Staatschefs Islam Karimow gefordert. „Wir sind keine Extremisten. Wir wollen Demokratie und Arbeit“, riefen die Kundgebungsteilnehmer.

Verhärtete Fronten

Angeblich soll Staatspräsident Karimow persönlich nach erfolglosen Verhandlungen mit den Aufständischen den Befehl zum harten Durchgreifen gegeben haben. Das berichtet zumindest die Internet-Agentur *Fergana.ru*. Karimow kehrte nach der Militäraktion zurück in die Hauptstadt Taschkent. Bürger in Andischan sagten, Polizei und Armee hätten den Tag über nicht versucht, mit den Aufständischen zu reden.

In der Nacht auf Freitag hatten zunächst bewaffnete Banden Waffen aus einer Kaserne in Andischan geraubt und damit die Freilassung tausender Häftlinge aus einem Gefängnis erzwungen. Ziel war es, 23 als religiöse Extremisten angeklagte Geschäftsleute zu befreien. Am Morgen besetzten die Bewaffneten die Gebietsverwaltung in Andischan. Die einzige Verbindungsstraße zur 300 Kilometer entfernten Hauptstadt Taschkent wurde gesperrt.

Russland pro Staatsmacht

Das russische Außenministerium stellte sich auf die Seite der Staatsmacht: Russland sicherte Karimow Solidarität zu und verurteilte den Angriff der „extremistischen Aufständischen“. Andischan liegt im islamistisch geprägten Fergana-Tal nahe der Grenze zu Kirgisistan. Das Tal ist eine arme Gegend: Islamische Extremisten haben Zulauf. Obendrein ist das Tal die am dichtesten besiedelte Region Zentralasiens. Die Stadt Andischan allein hat 300.000 Einwohner.

Die Europäische Kommission hat der Regierung von Usbekistan eine Mitschuld am Ausbruch der Revolte im Osten des Landes gegeben. „Wir sind besorgt über den Ausbruch von Gewalt“, sagte ein Kommissionssprecher am Samstag (14.5.) in Brüssel. „Die aktuelle Lage ist auch ein Ergebnis des Mangels an Respekt der Regierung für die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit.“

Internationale Truppen im Land

Die usbekische Führung kooperiert eng mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. In der früheren Sowjetrepublik sind unter anderem Soldaten aus den USA und Deutschland stationiert. Die etwa 300 Bundeswehrangehörigen versorgen von der südbusbekischen Stadt Termes aus die Truppen im benachbarten Nordafghanistan.

*Ingun Arnold
DW-WORLD, 14.5.2005*

Auslöser der Unruhen war ein Gerichtsprozess

Es herrscht Unklarheit über den Hergang der Unruhen in der usbekischen Stadt Andischan. Auslöser war ein umstrittener Gerichtsprozess gegen Geschäftsleute, denen Mitgliedschaft in einer angeblich extremistischen Vereinigung vorgeworfen wird.

Den Ausschlag für die Massen-Proteste in Usbekistan hat wohl ein Gerichtsprozess gegeben, in dem mehr als 20 Geschäftsleute angeklagt sind, Mitglieder einer angeblich extremistischen Vereinigung zu sein. Schon während der vorangegangenen Verhandlungstage hatten täglich bis zu tausend Menschen - Freunde und Familienangehörige der Angeklagten - vor dem Gericht protestiert. Denn die Anschuldigungen seien falsch.

Regierung macht Islamisten verantwortlich

Von Regierungsseite heißt es dagegen, für die Unruhen sei eine Gruppe islamischer Extremisten, die so genannte *Akromija*, eine angebliche Untergruppe der *Hizb-ut-Tahrir* („Partei der Befreiung“), verantwortlich. Verhandeln werde man nicht mit den Kämpfern, so Ojbek Kimsanbajew, ein Sprecher von Präsident Karimow: „Das sind erst einmal innere Probleme unseres Landes. Wie kann man mit islamischen Extremisten verhandeln, die sich gesetzlich nicht korrekt verhalten, um es vorsichtig auszudrücken. Ich verstehe überhaupt nicht, über welche Verhandlungen man nachdenken sollte.“

Die Aufklärung des Hergangs der Ereignisse in Andischan wird sich schwierig gestalten. Usbekistan wird seit 1989 von Präsident Islam Karimow autoritär geführt. Schon vor Jahren wurden Oppositionsparteien verboten. Erst im Dezember vergangenen Jahres hatte Karimow Parlamentswahlen abhalten lassen, bei denen nur regime-freundliche Parteien zugelassen worden waren. Oppositionelle landen dagegen häufig unter einem Vorwand im Gefängnis.

Menschenrechtsverletzungen und Folter in Gefängnissen

Amnesty international wirft Karimow seit langem Menschenrechtsverletzungen und Folter in Gefängnissen vor. Und auch jetzt sei an der Darstellung des Staates zu zweifeln, so Marat Zachidov, Vorsitzender des *Komitees für Menschenrechte*: „Die Gruppe *Akromija* will den Staat nicht zerstören, es ist mehr eine soziale Organisation. Das sind keine Verbrecher. Aber unter der Miliz, der Staatsanwaltschaft und bei regionalen Gerichten ist Korruption weit verbreitet. Und

unter dem Vorwand der Extremismus-Bekämpfung handeln sie selbst ungesetzlich. Das wird das Volk nicht mehr lange ertragen.“

Hohe Unzufriedenheit im Fergana-Tal

So gab es in den vergangenen Monaten immer wieder Demonstrationen und Unruhen - aus sozialen Gründen. Menschen bekamen ihren Lohn nicht ausgezahlt, und in Andischan demonstrierten die Einwohner gegen Handelsbeschränkungen in der Grenzregion. Denn die Handels- und Verwandtschaftsbeziehungen im Fergana-Tal ganz im Osten des Landes gehen über die Landesgrenzen, die zu Sowjetzeiten willkürlich gezogen wurden, hinaus.

Nährboden für Extremisten

Die durch Gebirgszüge vom usbekischen Landesinneren abgeschnittene Region ist zudem traditionell islamisch geprägt und steht im Gegensatz zur säkularen autoritären Regierung Karimows. So kam es in den vergangenen Jahren auch immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit extremistischen Gruppen, von denen eine die *Hizb-ut-Tahrir* ist, die einen Gottesstaat in der Region errichten wolle, so Reinhard Krumm, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert- Stiftung in Taschkent: „Die *Hizb-ut-Tahrir* will ein Kalifat errichten. Sie argumentieren, dass das jetzige säkulare Regime nicht in der Lage ist, der Bevölkerung ein Minimum an Wohlstand, Gerechtigkeit und an moralischen Werten zu geben. Die *Hizb-ut-Tahrir*-Mitglieder sind der Meinung, das könnten sie viel besser. Aufgrund mangelnder Bildung ist ein Vakuum entstanden, und nicht wenige Menschen folgen ihnen.“

*Christiane Hoffmann
DW-RADIO, 13.5.2005, Fokus Ost-Südost*

Die ungelösten Probleme Usbekistans

In Usbekistan droht das Gemisch aus Armut, islamistischen Hasspredigten und staatlichen Repressionen endgültig zu explodieren: Zuviel Unmut hat sich seit dem Zerfall der Sowjetunion aufgestaut.

Für den usbekischen Präsidenten Islam Karimow steht fest: Radikale Islamisten haben den Aufstand in Andischan organisiert. Es seien die gleichen Verdächtigen aus dem Umfeld der verbotenen Partei *Hizb-ut-Tahrir*, die bereits den Umsturz im benachbarten Kirgisistan organisiert hätten, meint er. *Hizb-ut-Tahrir* kämpft für einen islamischen Gottesstaat. Die Provinz Andischan gilt zwar seit langem als Hochburg radikaler Islamisten, aber der Unmut ist nicht nur religiös motiviert.

Armut

Gerade im Fergana-Tal, in dem Andischan liegt, sind die wirtschaftlichen Bedingungen hart: Das Tal ist mit sieben Millionen Bewohnern die am dichtesten besiedelte Region in Zentralasien. Es gehört größtenteils zu Usbekistan, erstreckt sich aber auch auf das Territorium von Kirgisistan und Tadschikistan. Vom Fergana-Tal führt nur eine einzige Hauptstraße zur knapp 300 Kilometer entfernten usbekischen Hauptstadt Taschkent.

Jeder dritte Erwachsene in der Region ist arbeitslos, der Monatslohn beträgt im Durchschnitt 25 Dollar. Der Islamismus genießt in der Region großen Rückhalt. Die *verbotene Hizb-ut-Tahrir* hat hier ihren Ursprung, ebenso wie die *Islamische Bewegung Usbekistans* (IBU), die in den 1990er Jahren mehrere Anschläge verübt haben soll. In der kirgisischen Stadt Osch, die ebenfalls im Fergana-Tal liegt, hatte im März die Revolution ihren Ausgang genommen, die den kirgisischen Präsidenten Askar Akajew zu Fall brachte.

Auslöser für die Gewalt in Andischan war ein umstrittener Strafprozess gegen 23 wohlhabende Geschäftsleute, denen enge Verbindungen zu einer islamistischen Terrororganisation zur Last gelegt werden. Die Beschuldigten bestreiten dies. Angebliche Verwandte und Freunde der Angeklagten raubten Waffen aus einer Kaserne und erzwangen damit die Freilassung der Inhaftierten sowie tausender weiterer Häftlinge aus dem Gefängnis. Über Tage hatten zuvor Tausende Menschen im Zentrum von Andischan gegen den Prozess protestiert und den Rücktritt der Staatsführung in Taschkent gefordert.

Altlasten

Russland war sehr rasch nach Beginn der Unruhen in Usbekistan zur Stelle, um den Aufstand zu verurteilen. In einem Telefongespräch versicherten sich Karimow und der russische Präsident Wladimir Putin gegenseitig ihre „Beunruhigung“ über die „Destabilisierungsversuche in Zentralasien“. Immerhin hat Moskau in den vergangenen eineinhalb Jahren durch die Bürgerrevolutionen in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan bereits drei Verbündete aus Sowjetzeiten verloren.

Auch Islam Karimow ist ein solcher Veteran der Sowjetära. Seit der Unabhängigkeit Usbekistans 1991 führt er die Ex-Sowjetrepublik mit Repressionen statt mit Reformen. Dabei redet der 67-Jährige, der nicht nur der russischen Regierung, sondern auch den USA als enger Verbündeter gilt, gerne von der Gefahr des Islamismus, um jegliche Opposition in seinem Land zu unterdrücken. Karimow propagiert einen gemäßigten Staatsislam. Politische Gegner werden entweder ins Exil getrieben oder verschwinden im Gefängnis. Nach Schätzungen von *amnesty international* sitzen derzeit 8000 Regimegegner in Gefängnissen. Die Menschenrechtsorganisation wirft der Regierung Folter und Misshandlungen von Häftlingen vor. Die meisten unabhängigen Zeitungen wurden geschlossen.

Unterdrückung

Die ständigen Repressionen und Karimows autoritärer Führungsstil sind ebenfalls ein Grund für den Aufstand in Andischan. „Die Menschen sind einfach aufgebracht,

weil das Justizsystem in ein Strafsystem des Staates verwandelt worden ist“, sagt Sidschachon Sajnabitdinow von der Menschenrechtsorganisation *Apelljazija*. „Die Aufständischen wollen Gerechtigkeit und ein normales Leben.“

Auch David Lewis von der kirgisischen Filiale der Denkfabrik *International Crisis Group* ist der Meinung, dass „das Ganze wie eine Bewegung aus einer allgemeinen Wut auf die Regierung aussieht“. Allerdings dürfe niemand erwarten, dass aus einer Region wie dem Fergana-Tal eine demokratische Revolution wie in Georgien oder der Ukraine hervorgehen werde. Tatsächlich sei eher eine „islamistische“ Revolution zu erwarten.

Islamismus

Die reale Gefahr eines radikalen Islamismus für Staat und Gesellschaft in Usbekistan ist umstritten. Kritiker behaupten, die autoritäre Führung schaffe sich durch ihre Unterdrückungsmaßnahmen erst jene Feinde, die sie dann bekämpfe. „Karimows Erklärungen zur Gefahr des Islamismus sind keine reine Paranoia“, sagt der unabhängige Journalist Sergej Ejkow, der in der usbekischen Hauptstadt Taschkent arbeitet. „Diese Bedrohung gibt es, aber die Machthaber und ihr Verhalten treiben die Bevölkerung diesen Organisationen auch zu. Wer keine Arbeit hat und keine Gerechtigkeit findet, für den wird die Idee eines 'islamistischen Kommunismus', wie sie die *Hizb-ut-Tahrir* propagiert, überaus attraktiv.“ Es wird vermutet, dass es enge Verbindungen zwischen den extremistischen Gruppen und der mächtigen Drogenmafia im Land gibt.

Ein islamistisch motivierter Umsturz würde jedoch die gesamte Region in eine wackelige Lage bringen, warnt Alexej Malaschenko von der Carnegie Foundation in Moskau. „Wenn der Brand einmal gelegt ist, wird er auch auf den Nordkaukasus übergreifen.“ Damit wären die Unruhorepublik Tschetschenien und das benachbarte Dagestan gefährdet. Schon gewinnen radikale Islamisten hier an Boden. „Russland hat gar keine andere Wahl, als Karimow zu unterstützen“, sagt Malaschenko. „Die Zeit drängt: Die sozialen Probleme müssen gelöst und eine weltlich orientierte Opposition muss zugelassen werden.“

Ingun Arnold
DW-WORLD, 15.5.2005

Informationsblockade über Andischan

Die usbekische Regierung forderte ausländische Journalisten auf, die Stadt Andischan zu verlassen. Doch es ist zu bezweifeln, dass die Regierung sich Sorgen um ihre Sicherheit macht.

Die einzige offizielle Informationsquelle über die Ereignisse in Andischan ist der usbekische Präsident Islam Karimow. In einer Presse-Konferenz teilte er mit, er habe befohlen, keine Gewalt gegen die Demonstranten anzuwenden; die Behörden in Andischan würden „Aufklärungsarbeit“ leisten.

Keine unabhängigen Informationen

Immer weniger Berichte über die Ereignisse, die sich im Fergana-Tal abspielen, kommen aus unabhängigen Informationsquellen. Die Taktik des Herausdrängens der Massenmedien aus dem Unruhegebiet sowie das Fehlen jeglicher offizieller Kommentare der Ereignisse führen zu einer Informationsblockade. Die Nachrichtenagenturen zitieren Menschenrechtler und örtliche Journalisten. Nach deren Angaben kamen bei der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes 200 Menschen ums Leben. Unter den 500 Flüchtlingen, die es geschafft haben, die offiziell geschlossene usbekisch-kirgisische Grenze zu überqueren, sind mehrere Verwundete.

Unruhen außerhalb von Andischan

Die russische Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* berichtet, in anderen usbekischen Städten, wie in Kara-Suu an der Grenze zu Kirgisistan, fänden größere Kundgebungen statt. Die Demonstranten fordern den Rücktritt des Präsidenten und der Regierung Usbekistans. Auch aus Kirgisistan, wo viele ethnische Usbeken leben, wurde über Kundgebungen berichtet.

Bewaffnete Militärs vor dem Präsidentenpalast

Die russischen Internetmedien versuchen die Informationsblockade zu durchbrechen. Sie berichteten unter Berufung auf anonyme Quellen, in der Hauptstadt der Republik Taschkent sei nach der Rückkehr Präsident Karimows aus dem Fergana-Tal eine sehr angespannte Lage zu beobachten. Karimows Residenz werde von mit Maschinengewehren bewaffneten Militärs bewacht.

*Boris Banchevskij
DW-WORLD/russian, 14.5.2005*

Gefilterte Informationen aus Andischan

Tagelang wurde das Ausmaß des Blutbades von Andischan von offizieller Seite heruntergespielt. Zwischen den Verlautbarungen der Regierung und Augenzeugen-Berichten klafft eine gewaltige Lücke.

„Im Grunde ist die Situation in der Republik, auch im Raum Andischan, stabil und

unter Kontrolle", hieß es tagelang in Meldungen aus offiziellen Quellen wie dem usbekischen Innenministerium, die auch über russische Nachrichtenagenturen verbreitet wurden. Von Anfang an wurden Informationen über die Lage in Andischan von den usbekischen Behörden gefiltert und gesteuert. Ausländische Korrespondenten, selbst aus den GUS-Staaten, wurden zu Pressekonferenzen, etwa der des usbekischen Präsidenten, nicht zugelassen. Verschiedene Internet-Seiten wurden blockiert, der Empfang von Nachrichten ausländischer Fernsehkanäle war zeitweise unterbrochen. Gleichzeitig wuchs das Interesse in Usbekistan an unabhängiger Berichterstattung aus dem Ausland.

Regierung beschuldigt Islamisten

Obwohl die Staatsmacht weiterhin betonte, dass die Lage unter Kontrolle sei, wurde die Militärpräsenz in der Region Andischan weiter verstärkt. Von offizieller Seite wurde behauptet, dass für die Opfer von Andischan einzig islamistische Extremisten der Bewegung *Akromija* verantwortlich seien. Diese verbreite eine „anti-vaterländische Stimmung“ und „rebelliere gegen den Staat“. *Akromija* unterhalte Verbindungen zu den Taliban und der usbekischen islamischen Bewegung *Hizb-ut-Tahrir*.

Beweise fehlen

Wie die Deutsche Welle aus usbekischen Geheimdienst-Kreisen erfuhr, liegen Präsident Islam Karimow bislang keine Beweise für eine Verbindung zwischen *Akromija* und den Taliban vor. Er wies die Spezialdienste an, mit Hochdruck daran zu arbeiten, diese Beweise zu erbringen.

Nach den Vorfällen in Andischan bleibt die Frage offen, ob man den offiziellen Verlautbarungen aus Taschkent Glauben schenken kann. Das fragten wir Arkadij Dubnov, einen Experten aus dem Carnegie-Zentrum in Moskau. Er antwortete: „Diese Vorgänge zu analysieren, ist meiner Meinung nach aufgrund fehlender Informationen sehr schwierig. Die usbekische Staatsmacht hat durch ihre Politik der Desinformation alles dafür getan, freie Informationen unter Verschluss zu halten. Man kann deshalb nur Vergleiche zwischen offiziellen Nachrichten und Augenzeugen-Berichten heranziehen, um sich ein ungefähres Bild von der Situation zu machen.“

Taschkent fürchtet Popularität der *Akromija*

Den Unruhen im Fergana-Tal waren Proteste in Taschkent gegen die wirtschaftliche Situation vorausgegangen. In Andischan selbst hatten Angehörige von Geschäftsleuten protestiert, denen Verbindungen zu *Akromija* nachgesagt werden und die deshalb vor Gericht stehen. Offenbar befürchten die Machthaber in Taschkent, dass die *Akromija* durch ihr soziales Engagement auf eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung zählen kann. Ähnlich populär war bereits in den 90-er Jahren die Partei *Adalat*, die durch ihre wohltätigen Aktivitäten im Volk höher angesehen waren als die eigentliche Regierung. Auch damals wurde diese Partei von Karimow zerschlagen. Anders als damals eskalierte diesmal die Situation durch

das unverhältnismäßige Vorgehen der Spezialeinheiten. Unbestätigten Berichten zufolge sollen auf jeden getöteten Extremisten rund zehn tote Zivilisten kommen.

*Jurij Tschernogajew, Taschkent, Vitali Volkov
DW-RADIO/Russisch, 16.5.2005, Fokus Ost-Südost*

Besuch im usbekischen „Disneyland“

Am Mittwoch (18.5.) durften ausländische Journalisten und Diplomaten für drei Stunden Andischan besuchen. Sie haben nur das gesehen, was ihnen gezeigt wurde. Deutsche Welle-Korrespondent Jurij Tschernogajew war dabei.

Die Idee ist nicht neu, wenn Journalisten und Diplomaten problematische Regionen sehen sollen: Man führt sie in abgeschirmten Gruppen herum; zeigt ihnen das, was man ihnen zeigen möchte. Kontakte mit der Bevölkerung sind unmöglich. Das Besuchsprogramm unterliegt der Regie der Regierung und der Sicherheitskräfte. Es soll der Eindruck entstehen, dass die Lage ruhig und ungefährlich ist.

Persönliche Erlaubnis des Präsidenten

Der usbekische Präsident Islam Karimow hat den Besuch einer Gruppe von Diplomaten und Journalisten in Andischan persönlich erlaubt. Am Mittwoch früh (18.5.) kam die Delegation in Andischan an und dann begann die kurze Stadtrundfahrt in Begleitung hochrangiger Regierungsvertreter. Usbekistans Innenminister Sakyr Almatow übernahm persönlich die Führung und den Schutz der Gruppe. Und um die Gruppe zu schützen, wurde Journalisten, die sich bereits in Andischan aufhielten, die Teilnahme an der Rundfahrt verweigert.

Sicherheitskräfte und offene Teehäuser

Die Fahrt führte vom Flughafen in die Innenstadt von Andischan, Zu sehen war, dass der Flughafen stark von Sicherheitskräften bewacht war. In der Umgebung weidete friedlich das Vieh. Auf den Straßen waren die traditionellen Teehäuser geöffnet. Auch das Autowerk von Andischan war in Betrieb. Überall waren bewaffnete Milizen und gepanzerte Fahrzeuge zu sehen. Einige Gebäude im Stadtzentrum sind zerstört: das Kino und das Theater wurden offenbar durch Feuer beschädigt, Verwaltungsgebäude müssen renoviert bzw. wieder aufgebaut werden. Das Ausmaß des Schadens ist durch Augenschein nicht zu beziffern. Experten in Andischan sprechen von über drei Millionen Dollar.

Während der Stadtrundfahrt hat die Gruppe von Seiten der usbekischen Regierungsvertreter erfahren, dass im Gefängnis von Andischan nur besonders

brutale Verbrecher inhaftiert gewesen seien. In der Haftanstalt sollen vor den Unruhen 735 Menschen gewesen sein. Über 50 mutmaßlich islamistische Terroristen sollen sich dort jetzt noch befinden, weil sie nicht flüchten konnten.

Keine Kontakte mit Bürgern

Am Ende der kurzen Rundfahrt kritisierten Diplomaten und Journalisten, dass sie keine Möglichkeit gehabt hätten, sich ein realistisches Bild von der Lage in Andischan zu machen. Kontakte mit den Bürgern der Stadt gab es nicht. Stattdessen nutzte der usbekischen Innenminister Almatow jede Gelegenheit, immer wieder zu betonen, die Lage sei unter Kontrolle. Es sei nicht auf friedliche Demonstranten geschossen, sondern die Sicherheitskräfte seien von Extremisten angegriffen worden. Und so bleibt der Eindruck, eine Art „Disneyland“ besucht zu haben.

*Jurij Tschernogajew, zurzeit Andischan
DW-RADIO/Russisch, 18.5.2005, Fokus Ost-Südost*

Opposition fordert unabhängige Informationen

Vertreter der Oppositionspartei *Erk* verlangen eine unabhängige Untersuchung durch internationale Organisationen. Auf einer Pressekonferenz der Partei in Taschkent traten auch Augenzeugen der Ereignisse auf. Das gemeinsame Ziel von Oppositionsvertretern und Menschenrechtlern: zeigen, was wirklich geschehen ist.

Am Dienstag (24.5. 2005) forderten Vertreter der oppositionellen Partei *Erk* in Taschkent im Rahmen einer Pressekonferenz die usbekische Regierung auf, eine unabhängige Untersuchung der tragischen Ereignisse in Andischan durch internationale Organisationen zuzulassen. Dies hatten im Vorfeld bereits die Europäische Union und eine Reihe internationaler Menschenrechtsorganisationen gefordert. Bisher hat das offizielle Taschkent nur die Absicht, die Ereignisse in Andischan durch eine Kommission aus usbekischen Parlamentariern untersuchen zu lassen. Doch wie unabhängig kann eine solche Untersuchung sein? Die Opposition und Menschenrechtler sind in dieser Hinsicht sehr skeptisch.

Die Wahrheit zeigen

Im Interview mit der DW sagte Atanasar Aripow, ein führendes Mitglied der Oppositionspartei *Erk*, er und seine Anhänger verfolgten nur ein Ziel: der Weltöffentlichkeit zu zeigen, was wirklich geschehen ist. Auf der Pressekonferenz in Taschkent berichteten auch Mitglieder der Nichtregierungsorganisation *Anima-Kor* über die aktuelle Lage in Andischan. *Anima-Kor* ist eine Interessenvertretung von Kranken und Ärzten. Mitarbeiter der Organisation haben damit begonnen, Listen mit Opfern des so genannten „blutigen Freitags“ in Andischan zu erstellen.

Nach ihren Angaben ist diese Arbeit sehr mühsam. Farid Jangildin, ein Vorstandsmitglied der Organisation, erklärte, die Leute hätten große Angst, über das zu sprechen, was am Freitag, dem 13. Mai in Andischan geschehen ist. Jangildin sagte: „In den ersten Tagen, als wir von Haus zu Haus gingen, hatten die Leute vor nichts Angst und informierten uns selbst darüber, wie viele Menschen in dieser oder jener Familie ums Leben kamen. Es stellte sich heraus, dass in einigen Familien drei, fünf oder sogar sieben Angehörige ums Leben kamen. Und dann änderte sich alles. Jetzt verschweigen die Leute alles, weil Vertreter der Miliz die Familien aufsuchen und sie zwingen, den Mund zu halten.“

Zahlreiche Opfer

Die Pathologin Gulbachor Turajewa ist Leiterin von *Anima-kor* und hat nach eigenen Angaben viele Leichen in der Schule Nr. 15 der Stadt Andischan gesehen. In Taschkent sagte sie: „Ich schaffte es, 400 Leichen zu zählen. Dann wurde mir verboten, mich dort aufzuhalten. Aber es gab da viel mehr Tote. Es waren hauptsächlich Männer. Einem fehlte der Arm, dem anderen der Schädel, der Dritte hatte keine Beine. Es war schrecklich.“

Nach den Angaben von Frau Turajewa sind allein in einem kleinen Stadtteil Andischans 110 Menschen gestorben. Die Ärzte hätten große Probleme bei der Behandlung Verletzter: „Die einfachen Einwohner unter den Verwundeten in Andischan bekamen chirurgische Ersthilfe, dann wurden sie nach Hause geschickt. Die so genannten Akromisten [Mitglieder der Organisation *Akromija*, Anm. d. Red.] wurden in eines der Bezirkskrankenhäuser gebracht. Sie liegen dort in der chirurgischen Abteilung. Den Ärzten wurde befohlen, ihnen nicht die notwendige medizinische Hilfe zu leisten. Woher dieser Befehl kam, weiß ich nicht.“

Einseitige Berichterstattung

Im Rahmen der Pressekonferenz äußerte sich auch Atanasar Aripow, führendes Mitglied der Partei *Erk*, zu den Ereignissen in Andischan. Seiner Meinung nach tue die Regierung zurzeit alles, um die Wahrheit vor dem usbekischen Volk zu verstecken. Ein klares Beispiel hierfür seien die Nachrichtensendungen der staatlichen Medien, die nur sehr einseitig über das Geschehene informierten. Aripow sagte: „Es ist sehr verdächtig, dass die Machthaber die Wahrheit verbergen. Das bedeutet, dass sie tatsächlich etwas zu verbergen haben! Es ist eine breite Propagandakampagne zur Unterstützung der Politik des Präsidenten und zur Diffamierung angeblicher Extremisten und Organisatoren dieser Tragödie angelaufen.“

Augenzeugen berichten

An der Pressekonferenz der Oppositionspartei *Erk* nahmen auch Augenzeugen der Ereignisse in Andischan teil. Der Deutschen Welle ist es gelungen, mit Ruslan Jarmoluk, einem Korrespondent des ukrainischen Fernsehkanals *Inter* zu sprechen. Der Kiewer Journalist erzählte, dass es ihm am Samstag, dem 14. Mai wie durch ein Wunder gelungen sei, nach Andischan zu reisen. Jarmoluk schilderte seine Eindrücke auf der Hauptstraße von Andischan: „Der Asphalt war voller Blut. Es

lagen Gehirnteile, verschiedene Reste menschlicher Organe, Kinderschuhe und viel Kinderkleidung herum. Leuten, die da waren, erzählten, wie die Leichen auf Lastwagen verladen und weggebracht wurden. Viele suchten unter den Leichen, die noch nicht weggebracht waren, nach ihren Angehörigen. Als wir ankamen, lagen da 19 Leichen. Darunter zwei Frauen. Bemerkenswert war, dass jeder Tote drei Einschusslöcher im Kopf hatte. Frauen in hysterischem Zustand liefen herum und suchten ihre Kinder.“

Eine weitere Augenzeugin ist Halima Bucharbajewa, sie leitet das usbekische Büro einer Londoner Menschenrechtsorganisation. Nach ihren Angaben haben die Soldaten bewusst auf die Menschen geschossen: „Sie schossen nicht nur aus dem Inneren der Panzerwagen. Obendrauf saßen Menschen in Schwarz, in schwarzen Tarnanzügen und in schwarzen Schutzwesten. Diese Menschen schossen mit Maschinengewehren. Sie schossen in die Menge auf dem Platz. Es gab keinen Versuch, eine friedliche humane Lösung zu finden. Niemand überlegte sich, warum sich Tausende Menschen auf dem Platz versammelt haben, ob das Terroristen sind oder normale Bürger.“

Aufruf zu friedlichem Widerstand

Nach Meinung von Atanasar Aripow von Erk hat sich nach der Ereignissen in Andischan ein großer Abgrund zwischen dem Volk und der Regierung aufgetan. Beinahe alle Bürger des Landes seien mit der Regierung unzufrieden. Aus diesem Grund sei es nun das Ziel seiner Partei, „das große Protestpotential der Bevölkerung in die Bahnen des friedlichen Widerstands gegen die Diktatur zu lenken.“

*Natalja Buschujewa, Taschkent
DW-RADIO/Russisch, 24.5.2005*

Zentralasien kurz vor der Destabilisierung?

Nach Meinung der Präsidenten Usbekistans und Russlands steht Zentralasien kurz vor der Destabilisierung. Anlass für diese beunruhigende Einschätzung sind die Unruhen in der usbekischen Stadt Andischan.

Der Kreml-Pressedienst berichtete über ein Telefonat der beiden Staatschefs, kurz nachdem die Nachrichtenagenturen die Rede des usbekischen Präsidenten Karimow in einer Pressekonferenz in Taschkent über die Unruhen in Andischan veröffentlichten.

Karimows Version

In der Nacht zum Freitag soll eine bewaffnete Banditengruppe Staatsgebäude in Andischan überfallen und Geiseln genommen haben. Nach der Meinung des usbekischen Präsidenten wurde in Andischan versucht, nach kirgisischem Vorbild zu handeln. „Das gleiche Szenario. Sie wollten das versuchen, was in Kirgisistan geklappt hat“, wurde Karimow von der russischen Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* zitiert.

Nach Karimows Worten rechneten die Banditen mit der Unterstützung der Bevölkerung und setzten darauf, dass die Staatsmacht ihre Stärke nicht zeigen würde. „Ihre Rechnung ist nicht aufgegangen“, sagte Karimow.

„Die Personen, die das Ganze organisiert haben, berücksichtigten nicht, dass die Situation in Usbekistan sich von der in Kirgisistan grundlegend unterscheidet“, erklärte der usbekische Präsident.

„In der Regierungszeit von Akajew in Kirgisistan summierte sich das Protestpotenzial der Bevölkerung mit der Schwäche bzw. dem Fehlen staatlichen Macht“, kommentierte Karimow die Situation im Nachbarstaat. In der Pressekonferenz erklärte Karimow, dass die Meuterer in Andischan unannehmbare Forderungen an die Regierung gestellt hätten, unter anderem die Freilassung einiger Inhaftierter aus usbekischen Gefängnissen.

Karimow sagte auch, dass er befohlen habe, keine Gewalt gegen die Demonstranten anzuwenden. Seiner Meinung nach soll die islamistische Organisation *Hizb-ut-Tahrir* an den Unruhen Schuld gewesen sein.

Augenzeugen berichten

Wegen der Informationsblockade seitens der usbekischen Behörden können nur Augenzeugen unabhängige Informationen über die Ereignisse liefern. Die Nachrichtenagentur AFP berichtet unter Berufung auf ein Mitglied einer örtlichen Menschenrechtsorganisation von 300 getöteten Demonstranten in Andischan. Nach diesen Angaben sollen die Soldaten ohne Vorwarnung wahllos in die Menschenmenge geschossen haben. Die Leichen der Getöteten seien auf LKWs geladen und mit unbekanntem Ziel aus der Stadt gefahren worden. Es wurde auch bekannt, dass unter den Flüchtlingen, die nach Kirgisistan entkommen konnten, viele verwundete Frauen und Kinder waren.

Der Vorsitzende der usbekischen Menschenrechtsorganisation *Apelljazija*, Sidschachon Sajnabitdinow, sagte im Interview der Nachrichtenagentur *Interfax*: „Die Hauptschuld an den Unruhen trägt die Regierung, die ihren eigenen Bürgern kein menschenwürdiges Leben ermöglicht.“ Ein offizieller Vertreter der Organisation *Hizb-ut-Tahrir*, Imran Wahid, bestritt am Samstag in London die Beteiligung an den Ereignissen in Andischan.

Gefahr der Ausbreitung der Unruhen

Nach Andischan wurden Unruhen auch aus einer anderen usbekischen Stadt gemeldet - aus Kara-Suu. Ein Einwohner sagte in einem Telefon-Interview der

russischen Nachrichtenagentur *RIA Nowosti*, in der Stadt würden die Gebäude der Stadtverwaltung, der Polizei und des Finanzamtes brennen. Die Demonstranten würden unter anderem den Rücktritt Präsident Karimows und der Regierung fordern.

Es wird auch berichtet, dass trotz drakonischer Maßnahmen der Regierung die Kundgebungen in Andischan fortgesetzt werden. Nach jüngsten Berichten haben die usbekischen Behörden die volle Kontrolle über die Städte Andischan und Kara-Suu übernommen. Es werde nach den Organisatoren der Unruhen gesucht.

Boris Banchevskij
DW-WORLD/russian, 15.5.2005

Gespannte Lage an der usbekisch-kirgisischen Grenze

In den vergangenen Tagen haben viele Einwohner das usbekische Gebiet Andischan in Richtung Kirgisistan verlassen. Dort wurde inzwischen eine Zeltstadt errichtet. Entlang der Grenze wurden zusätzliche Posten aufgestellt.

In der Nacht vom 15. auf den 16. Mai haben etwa 150 usbekische Bürger versucht, illegal auf kirgisches Territorium zu gelangen. Der kirgisische Grenzdienst versicherte aber, die Lage an der Grenze zu Usbekistan sei unter Kontrolle. Die Abteilung des Innenministeriums in der Stadt Osch habe zusätzliche Wachposten und mobile Patrouillendienste aufgestellt. Weitere Kräfte würden zusammengezogen. Das teilte die Pressesprecherin der Behörde, Gulmira Borubajewa, der Deutschen Welle mit. Sie sagte ferner: „Um zu verhindern, dass destruktive Elemente auf kirgisches Territorium vordringen, wurde beschlossen, vorübergehend Posten des Grenzschutzes an der kirgisisch-usbekischen Grenze nahe der Stadt Kara-Suu aufzustellen. Wir haben alle Kräfte, über die wir verfügen, im Einsatz, um die Lage zu kontrollieren.“

Grenzbewohner können sich frei bewegen

Derzeit können sich offenbar die Bürger beider Staaten an der kirgisisch-usbekischen Grenze nahe der Stadt Kara-Suu frei bewegen, wenn sie alle notwendigen Papiere bei sich haben. Die Pressesprecherin des kirgisischen Grenzschutzes sagte: „Zurzeit können die Einwohner an jedem Grenzabschnitt nach einem vereinfachten Verfahren die Grenze passieren. Dafür wurde dort ein vorübergehender Posten des Grenzschutzes aufgestellt. Was Bürger aus Drittstaaten angeht, so können diese die Grenze nur an den in internationalen Abkommen vorgesehenen Passierstellen überschreiten.“

Erste humanitäre Hilfe eingetroffen

Zurzeit befinden sich im Bezirk Susak, im kirgisischen Gebiet Dschalal-Abad, 560 usbekische Staatsbürger. Etwa 100 von ihnen sind Frauen und Kinder. Für sie wurde dort ein Zeltlager errichtet und mit Hilfe internationaler Organisationen entsteht eine Infrastruktur. Wie der Leiter des UNO-Büros im Süden Kirgisistan der Deutschen Welle mitteilte, ist am Montagabend in dem Bezirk, in dem sich die Flüchtlinge aufhalten, der erste Lastwagen mit humanitärer Hilfe eingetroffen. Vor Ort befinden sich auch Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes und der US-Botschaft, die sich mit dem Einkauf von Lebensmitteln befassen. Warmes Essen erhalten die usbekischen Bürger schon jetzt.

Status der Flüchtlinge unklar

Die kirgisischen Behörden wollen die Menschen bislang nicht als Flüchtlinge anerkennen. Ihre Aufenthaltsgenehmigung in Kirgisistan wurde vorerst um zehn Tage verlängert. Nach dieser Frist muss der Status der Menschen unter Einbeziehung internationaler Organisationen geklärt werden. In kirgisischen Krankenhäusern befinden sich derzeit sieben usbekische Bürger mit Schussverletzungen. Nach unbestätigten Meldungen sollen unter ihnen auch ehemalige Häftlinge sein, die aus dem Gefängnis in Andischan geflüchtet sind.

*Witalij Katargin, Bischkek
DW-RADIO/Russisch, 16.5.2005*

Alltag im kirgisischen Flüchtlingslager

Nach den blutigen Unruhen in Usbekistan sind hunderte Menschen über die Grenze ins Nachbarland Kirgisistan geflüchtet. Dort wurde mit internationaler Hilfe ein Zeltlager aufgebaut. Ein DW-Reporter war vor Ort.

Das Flüchtlingslager im Bezirk Susak des Gebietes Djalal-abad besteht aus nicht viel mehr als zehn großen Zelten. Das Camp wurde mit internationaler Hilfe errichtet: Die UNO lieferte Decken, Küchenutensilien und Kleidung. Es gibt genügend Lebensmittel und die Flüchtlinge sind mit Trinkwasser versorgt. Doch das Lager platzt aus allen Nähten.

Mehr als 500 Menschen leben derzeit im Lager. Nach Angaben von Almaz Burkutow, Sprecher des UNO-Flüchtlingskommissariats, bilden Frauen und Kinder nur einen geringen Anteil: Die meisten sind Männer mittleren Alters, die in Andischan, einige Kilometer hinter der kirgisisch-usbekischen Grenze, gegen Korruption und das autoritäre Regime von Islam Karimow demonstrierten. Einer von

ihnen ist Dodoschon. Er möchte seinen Nachnamen nicht nennen. Mit dem Leben im Flüchtlingslager hat er sich zunächst abgefunden: „Ich werde nicht behaupten, dass wir hier in idealen Umständen leben, dass wir alles haben, was wir brauchen. Aber das ist jetzt nicht die Hauptsache. Das Wichtigste ist, dass die Regierung, dass Karimow und seine Anhänger sich für das verantworten müssen, was sie dem Volk angetan haben. Das beschäftigt uns momentan am meisten.“

Akuter Platzmangel

Sie haben sich vorerst arrangiert mit dem Leben im Lager. Zum Frühstück essen sie Brot, Tee und Kekse, zum Mittag Plow, ein usbekisches Reisgericht, das Soldaten und kirgisische Dorfbewohner für sie kochen. Mit dem Wasser aus einem nahegelegenen Bach putzen sie sich die Zähne, waschen sich und ihre Kleider. Ungeachtet dieser Umstände sind die Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz insgesamt recht optimistisch. Ihrer Einschätzung nach ist die Lage im Lager stabil, ansteckende Krankheiten hätten sich bisher nicht ausgebreitet. Das sagte auch die Sprecherin des kirgisischen Gesundheitsministeriums, Jelena Bajalinowa, bereits vor einigen Tagen gegenüber der Deutschen Welle: "Es gibt einzelne Fälle von Darmkrankheiten. Aber das sind noch nicht einmal zwanzig Leute, deshalb sprechen wir im Gesundheitsministerium nicht von einer Epidemie. Aber was die Zelte angeht, so sind sie nach unseren Informationen wirklich überfüllt."

Zurück nach Usbekistan?

Tatsächlich herrscht akuter Platzmangel. 50 Menschen und mehr müssen in einem Zelt schlafen. Deshalb sollen bald im Lager zusätzliche Hilfsunterkünfte aufgestellt werden. Vertreter des UNO-Flüchtlingskommissariats wollen durchsetzen, dass die kirgisischen Behörden die Erlaubnis erteilen, ein neues Lager zu bauen, das weiter entfernt von der Grenze liegt. Doch die Kirgisen haben damit offenbar keine Eile. Die Flüchtlinge befürchten, die kirgisische Regierung könnte dem Druck der usbekischen Führung nachgeben und die Flüchtlinge zurückzuschicken.

Wunsch nach Gerechtigkeit

Einige Männer im Lager geben sich auch kämpferisch und wollen die Regierung von Präsident Karimow zur Verantwortung ziehen. Ein Mann betont: „Wir möchten zurückkehren. Unsere Lage ist uns peinlich vor unserem Volk. So viele Menschen sind gestorben. Für sie, für diejenigen, die gestorben sind, die Angehörige und Freunde verloren haben, müssen wir es tun. Das ist unser Protest gegen das, was Karimow getan hat. Es ist schon nicht mehr wichtig, wie wir es tun, aber wir tun es. Sollen sie uns doch erschießen, wir gehen trotzdem hin.“

Ein anderer Flüchtling stimmt zu: „Wir glauben daran, dass wir bis Taschkent gehen werden. Jetzt hat das Volk gesehen, was Karimow angerichtet hat. Die ganze Welt weiß, dass er befohlen hat, zu schießen, ohne Vorwarnung. Und deshalb hoffen wir, dass das ganze Volk uns unterstützt.“

Die Männer wissen, dass sie vermutlich sofort verhaftet werden, sobald sie nach Usbekistan zurückkehren. Doch, so betont es der 25-jährige Bilol, für sie gibt es nur noch eine Wahl: entweder Tod oder Leben und Freiheit.

*Michail Buschujew, zurzeit Kirgisistan
DW-RADIO/Russisch, 25.5.2005, Fokus Ost-Südost*

„Weiten Teilen der Bevölkerung platzt der Kragen“

Im Interview mit DW-RADIO äußert sich Uwe Halbach, Russland/GUS-Experte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, zu den Hintergründen der Proteste in Usbekistan. Sein Fazit: Der Unmut mit dem Karimow-Regime wächst.

DW-RADIO: Herr Halbach, haben die Unruhen in Ost-Usbekistan Sie überrascht, oder die brutale Niederschlagung?

Uwe Halbach: Nein, beides hat mich nicht überrascht. Wir haben eine ganze Serie von Protest-Bekundungen in Usbekistan in den letzten Monaten gehabt, so dass sich das Bild abzeichnete, dass in weiten Teilen der Bevölkerung den Leuten der Kragen platzt. Der Unmut mit dem Regime, mit den wirtschaftspolitischen Maßnahmen, aber auch mit seiner politischen Repressivität gegenüber allem, was als islamistisch angesehen wird, hat deutlich zugenommen. Ebenso haben die Gegenaktionen des Staates zugenommen. Es hat sich eine Konfrontation hochgeschaukelt zwischen dem Regime und einer ganzen Reihe von Anti-Regime-Kräften, die bei weitem nicht auf Islamismus beschränkt sind.

Also würden Sie sagen, es handelt sich um ein hausgemachtes, inner-usbekisches Problem?

Ja, mit Sicherheit. Das stereotype Argument der Regierung zum Beispiel bei Terrorakten, die im letzten Jahr stattgefunden haben, ist die Externalisierung, ist der Versuch, das in Verbindung zu bringen mit ausländischen, islamistischen, terroristischen Netzwerken. Aber bei genauerer Beobachtung zeigt sich, dass doch eine Menge inner-usbekischer Stoff dahinter steckt. Ein Unmut, der sich besonders in der Schicht der *Basaris* niederschlägt, bei den kleinen Händlern im Fergana-Tal, denen der Lebensnerv abgegraben wird von der Regierung. Da mischt sich einiges, da mischen sich soziale Proteste. Aber sicherlich ist es auch so, dass in diese Oppositionshaltung durchaus auch Islamisches einfließt. Man sucht Rückhalt beim Islam. Aber die stereotype Darstellung, dass dies alles islamistische Staatsumstürzler seien, die da am Werke sind, die ist mit Sicherheit nicht richtig.

Ich frage trotzdem: Usbekistan ist also nicht Spielfeld ausländischer Interessen, wegen seiner geostrategischen Bedeutung zum Beispiel, wegen seiner Rohstoffe oder Transportrouten?

Das wird meist übertrieben, diese „Great Game“-Vision in Zentralasien. Jedenfalls haben diese inneren Entwicklungen in Usbekistan damit sicherlich nicht allzu viel zu tun. Aber es ist richtig, dass Usbekistan von den USA als ein strategischer Schlüsselpartner in der Region angesehen wird. Man hat der westlichen Politik, insbesondere der amerikanischen, immer den Vorwurf gemacht, dass sie hier Sicherheit vor Freiheit stellt und hier mit einem Regime zusammenarbeitet, das sehr fragwürdig ist aufgrund seiner repressiven Politik.

Rosenrevolution in Georgien, orange Revolution in der Ukraine, Machtwechsel in Kirgisistan – stürzt jetzt das nächste Regime, nämlich das von Usbekistan?

Es gibt sicherlich eine große Verunsicherung im gesamten post-sowjetischen Raum, ausgelöst durch die Rosenrevolution in Georgien erstmalig, und dann die weiteren Entwicklungen in der Ukraine und nun auch in Kirgisistan. Ich würde aber keine Kette daraus machen. Schon Kirgisistan hat sich deutlich unterschieden von dem, was in Georgien oder in der Ukraine vor sich gegangen ist. In Usbekistan sehe ich keine strukturierte Opposition, die so etwas veranstalten könnte wie die Opposition in Kiew. In Usbekistan sehe ich, dass hier ein Druckkessel entstanden ist, der am ehesten darauf hinweist, dass hier etwas Gefährliches passieren könnte.

Das Interview führte Stefan Dege

DW-RADIO, 16.5.2005, Fokus Ost-Südost

Regimewechsel in Usbekistan ist denkbar

Ausländische Diplomaten sind in die usbekische Unruhestadt Andischan gereist und versuchen, sich einen Überblick zu verschaffen. DW-WORLD sprach mit dem Politikwissenschaftler Klaus Segbers vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin über die derzeitige Lage im Land.

DW-WORLD: Herr Segbers, wie schätzen Sie die Ereignisse in Usbekistan ein?

Klaus Segbers: Es handelt sich offenbar um ein Gemisch von Unzufriedenheiten: Es gibt Demokratieanhänger, es gibt Armutsbetroffene, Familienangehörige von Inhaftierten, es gibt auch Anhänger des Dschihad und Rauschgiftstrukturen. All diese Motive kulminieren anscheinend in den Demonstrationen, die wir gesehen haben und wohl auch wieder sehen werden.

Die Behauptungen des Karimow-Regimes, es gehe nur um islamische Fundamentalisten und um ausländische Agitatoren, ist unglaubwürdig. Westliche Darlegungen, es gehe nur um Demokratiefreunde, greifen wohl aber auch zu kurz. Diese Melange aus Interessen und Gruppen, die wir vor uns haben, macht Einschätzungen, aber auch die Erarbeitung adäquater und wirksamer politische Strategien sehr schwierig.

Könnte es in Usbekistan zu einer „bunten Revolution“ kommen?

Es ist möglich, dass es auch hier über kurz oder lang zu einem Regimewechsel kommt, der außerkonstitutionell - also von der Straße her getrieben - erfolgt. Auch wenn es so scheint, als seien die Ressourcen des Karimow-Regimes weniger erschöpft, als das in der Ukraine und Kirgisistan der Fall war.

Wie schätzen Sie die Haltung der USA, Russlands und der islamischen Welt zu den Unruhen in Usbekistan ein?

Die USA sind an einer stabilen Situation interessiert. Sie haben dort Militäranlagen und brauchen Usbekistan als Partner in der Allianz gegen den Terrorismus. Russische Eliten empfinden teilweise Einkreisungssorgen. Nach den Vorgängen in Serbien, Ukraine, Kirgisistan mag einem weiteren GUS-Land ein Regimewechsel bevorstehen, der sich russischer Einflussnahme entzieht. Das vor allem löst dort Unruhe aus. Der usbekische Rückzug aus dem Staatsbund GUUAM (*Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldawien - Anm. d. Red.*) unterstreicht die Sorge der usbekischen Führung, in einen Reformstrudel hineinzugeraten, den sie nicht mehr steuern kann.

Trauen Sie sich eine Prognose der weiteren Entwicklung in Usbekistan zu?

Kaum. Hier sind zu viele Variablen im Spiel. Und Wissenschaftler sollten sich mit Vorhersagen zurückhalten. Man wird aber sagen können, dass die autokratischen Regime in Mittelasien über kurz oder lang Regimewechsel erfahren werden. Es kommt dann darauf an, zwischen demokratischen und islamistischen Optionen zu jonglieren. Keine leichte Aufgabe.

*Die Fragen stellt Irina Frolowa
DW-WORLD/russian, 18.5.2005*

„Es ist nicht vorstellbar, dass sich der Protest über das ganze Land ausbreitet“

Im Interview mit DW-RADIO spricht Georg Warning, Zentralasien-Koordinator der deutschen Sektion von *amnesty international*, über Repressionen in Usbekistan, die geknebelte Presse und warum das Karimow-Regime immer noch an der Macht ist.

DW-RADIO/Russisch: Herr Warning, wie beurteilen Sie die Ereignisse, die zu den Unruhen in Ost-Usbekistan geführt haben; also den Prozess gegen Unternehmer in Andischan und die Proteste vor dem Gerichtsgebäude der Stadt?

Georg Warning: Das ist bei weitem nicht der einzige politische Prozess in Usbekistan, und auch nicht der einzige ungerechte. Das ist an und für sich nichts Neues. Aber noch vor den Unruhen vom 13. Mai gab es wiederholt Aktionen vor dem Gerichtsgebäude in Andischan, an denen bis zu tausend Menschen teilgenommen haben. Das ist für Usbekistan eine unglaubliche Zahl. Wenn Menschenrechtsorganisationen in der Hauptstadt Taschkent, einer Millionenstadt, vor der amerikanischen Botschaft demonstrieren, oder vor usbekischen Behörden, dann kommen da vielleicht 20 Teilnehmer – die anderen haben einfach Angst. Umso mehr bewundere ich den Mut der Menschen, die in Andischan vor dem Gerichtsgebäude demonstriert haben. Weil sie alle wissen, was der Geheimdienst macht.

Glauben Sie, dass sich die Proteste gegen Karimow auch in anderen Landesteile ausbreiten könnten?

Nicht nur in Andischan, auch in den anderen Städten ist die Repression massiv. Deswegen ist es eben auch in Usbekistan nicht so einfach ohne weiteres vorstellbar, dass sich ein Protest gleich über das ganze Land ausbreitet. Es gibt in Usbekistan einfach weder die freie Presse, es gibt nicht die Möglichkeit, Organisationen aufzubauen. Es gibt gerade einmal zwei unabhängige Menschenrechtsorganisationen, die in den 15 Jahren unter Karimow überhaupt zugelassen wurden. Die politischen Parteien, die wirklich oppositionell sind, sind ohnehin gleich zu Beginn der 90er Jahre verboten worden. Wie sollen die Leute die Informationen bekommen, um sich landesweit zu wehren? Wo sollen die organisatorischen Strukturen herkommen? Das ist das Problem, und deswegen ist das Regime auch immer noch an der Macht.

Wie beurteilen Sie die Angaben der Regierung, bei den Opfern von Andischan handele es sich in erster Linie um islamische Terroristen?

Es ist die alte Leier: Wenn der Präsident die Menschenrechte in Usbekistan beschneidet, Leute ins Gefängnis werfen will, dann sagt er immer erst einmal: „Das sind Islamisten“ – das kommt im Westen gut an, das kommt in Russland gut an, in China auch. Das hat mit der Wahrheit herzlich wenig zu tun, aber da der Präsident diese Linie vorgibt, können wir sicher sein, dass jetzt die Staatsanwaltschaft, die

Polizei, der Geheimdienst die Leute, die jetzt in ihrem Gewahrsam sind, so lange foltern werden, bis sie ihre Version dann der Öffentlichkeit präsentieren können.

Wie sollten sich Ihrer Meinung nach westliche Staaten, besonders Deutschland, gegenüber der usbekischen Regierung verhalten?

Deutschland braucht da nicht unbedingt Truppen zu stationieren und den Präsidenten zu hofieren – der wurde ja sogar schon nach Deutschland eingeladen in den 90er Jahren. So einen Henker, um es einmal drastisch zu sagen, würde ich vor den Internationalen Gerichtshof stellen, aber nicht ihn besuchen und ihm die Hand schütteln. Das würde ich nicht machen. Und die Opposition, die im Ausland existiert, könnte versuchen, die öffentliche Meinung in den Ländern zu beeinflussen und darauf hin zu wirken, dass Politiker nicht mehr so gedankenlos Herren wie Karimow unterstützen.

*Das Interview führte Daria Brjanzewa
DW-RADIO/Russisch, 23.5.2005*

„Die Quelle des Radikalismus ist das Karimow-Regime“

Usbekistans Präsident Islam Karimow begründet das brutale Vorgehen gegen Demonstranten mit dem Kampf gegen islamistische Terroristen. Im Interview mit DW-RADIO widerspricht Oppositionspolitiker Muchammed Salich dieser Darstellung: Allein Karimows Politik sei daran schuld, dass es überhaupt Extremisten im Land gebe.

Wahrscheinlich wird man das reale Bild dessen, was in Andischan, im benachbarten Pachtaabad und in der Grenzstadt Kara-Suu geschah, nur mit der Zeit mit Hilfe internationaler Ermittlungen rekonstruieren können. Politiker und Experten haben bereits verschiedene Gründe für die „usbekische Tragödie“ genannt. Das offizielle Taschkent und einige Vertreter des russischen politischen Establishments erklären, die usbekischen Behörden hätten islamistische Extremisten brutal niedergeschlagen. In westlichen und einigen russischen Medien heißt es, das Karimow-Regime versuche, die eigene Unfähigkeit, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, aber auch das brutale Vorgehen gegen die eigenen Bürger mit der Gefahr von Extremismus zu verdecken. Wir sprachen mit dem im Ausland lebenden Führer der usbekischen Oppositionspartei Erk, Muchammed Salich.

DW-RADIO/Russisch: Wie bewerten Sie die „extremistische“ Version der Ereignisse in Andischan?

Muchammed Salich: Das offizielle Taschkent betont den islamischen Fundamentalismus. Diese Meinung teile ich nicht, weil sich auf dem Platz in Andischan meinen Informationen und Informationen zahlreicher Zeitungen zufolge 50.000 Menschen versammelt hatten. Es ist aber durchaus möglich, dass sich unter

diese gewaltige Menschenmenge verschiedene, sogar radikale Gruppierungen gemischt haben. Es ist auch möglich, dass ein Klan oder eine Familie irgendeines Opfers ungerechter Gesetze den Unmut der Menschen in der Region Andischan ausgenutzt hat. Aber nur der Diktator Karimow kann 50.000 Menschen Extremismus und Terrorismus vorwerfen. Das wird weltweit niemand glauben.

Karimow spricht von religiösen Extremisten der Hizb-ut-Tahrir und über Kämpfer der Islamischen Bewegung Usbekistans, die dem Regime auch heute noch angeblich drohen und enge Verbindungen zu Osama bin Laden unterhalten. Welche Gefahr droht dem weltlichen usbekischen Staat seitens der Anhänger eines Kalifat-Staats?

Der Westen soll endlich aufhören, diesem Lügner zu glauben. Karimow verbreitet bereits seit 15 Jahren Lügen über die Gefahr des islamischen Fundamentalismus. Anfang der 90er Jahre, als er begann, davon zu sprechen, hatte ich vorausgesagt, dass er zu weit gehen wird. Ich ahnte auch, dass der islamische Fundamentalismus tatsächlich den Platz der Opposition einnehmen könnte, wenn Karimow die demokratische Opposition liquidiert.

Solche fundamentalistischen Gruppierungen gibt es, aber sie sind nicht sehr stark. Die Tatsache, dass es sie gibt, ist die direkte Folge der repressiven Politik gegen religiöse Führer. Die Quelle des Radikalismus ist das Karimow-Regime. Die Muslime Usbekistans sind nicht radikal. Heute kann keine Gruppierung die Idee eines Kalifats dem Volk aufdrängen, das wird das usbekische Volk niemals annehmen. Es gibt Menschen, die unter dem Karimow-Regime leiden und für ein Kalifat eintreten, aber deren Anzahl ist sehr gering. Die Erklärungen von Führern radikaler Gruppierungen, man könne heute ein Kalifat errichten, sind Märchen. Diese Märchen schürt Karimow. Er sagt: Wenn ich nicht mehr da bin, kommt ein Kalifat!

Kann die usbekische Intelligenzija, der führende Teil der usbekischen Gesellschaft, Anführer der Prosbewegung werden und einen Dialog mit der Staatsmacht herbeiführen?

Es gibt diese Intelligenzija. Sie muss nur die Chance erhalten, ihr Potenzial umzusetzen. Dann werden Sie sehen, dass in kurzer Zeit der Staub der Aufständischen verschwinden sowie Ordnung und Stabilität in einem normalen Sinne herrschen wird, im Unterschied zu der Stabilität Karimows, die einer Friedhofsruhe gleichkommt. Man sagt, dass die Opposition in Usbekistan schwach ist. Wenn sie schwach wäre, dann hätte Karimow sie längst vernichtet. Aber immer wieder werden oppositionelle Stimmen laut.

*Das Gespräch führte Vitali Volkov
DW-RADIO/Russisch, 19.5.2005*

Russland will das „usbekische Boot“ nicht ins Wanken bringen

Der „kriegerische Islamismus“ in Usbekistan beunruhigt Russland. Aber im Unterschied zu den USA handle Moskau sehr vorsichtig, meint der russische Politologe Professor Wiktor Kuwaldin im DW-WORLD-Interview.

DW-WORLD: Welche Gründe hat der Konflikt in Usbekistan?

Wiktor Kuwaldin: Es sind mehrere Gründe, vor allem jedoch ist es die innere Lage. Usbekistan ist von der Krise im ganzen postsowjetischen Raum stark betroffen. In der Republik herrscht eine erschreckende Armut. Mehr als 50 Prozent der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Die allgemeine Verarmung liegt den aktuellen Unruhen zugrunde.

Zweitens befindet sich Usbekistan in der Einflussosphäre der islamischen Welt. Der Kampf um die Macht in der Republik nimmt immer schärfere Formen an. Die radikalen Islamisten von der *Islamischen Bewegung Usbekistans* (IBU) kämpfen seit 1992 im Untergrund. Sie wollen das weltliche Regime des Präsidenten Islam Karimow stürzen mit dem Ziel, einen islamischen Staat auf Basis der Scharia zu errichten.

Drittens liegt Usbekistan in einer äußerst instabilen Region der Welt, in unmittelbarer Nachbarschaft zu Afghanistan, dem größten Drogenproduzenten Asiens. Die Drogenhändler suchen nach Absatzmöglichkeiten. Die Destabilisierung der Lage in Usbekistan wäre für sie von Vorteil, denn sie würde den Weg für den Drogentransfer nach Russland und Europa öffnen. Einen solchen Korridor versuchen die Drogenhändler durch das Fergana-Tal zu schlagen.

Viertens gehört das Regime von Islam Karimow nicht zu den Vorbildern der modernen Demokratie. Es gibt keine Meinungsfreiheit im Land. Aktionen Andersdenkender, die Freiheit und Gerechtigkeit fordern, werden brutal niedergeschlagen.

Im Falle des Irak waren die Positionen der USA und Russlands nicht gegensätzlich. Wie unterschiedlich sind sie zu Usbekistan?

Zentralasien ist ein Nährboden für die afghanischen Taliban. Diese Bewegung ist noch immer gefährlich. Die Bekämpfung der Taliban ist ein Teil der Antiterrorstrategie der USA. Das zwingt die Vereinigten Staaten, Regime zu unterstützen, die zwar die Demokratie unterdrücken, gleichzeitig aber auch den islamistischen Terror bekämpfen.

Parallel dazu bemühen sich die USA um die Verbreitung der Demokratie im postsowjetischen Raum. Die Resultat dieser Bemühungen sind die so genannten „bunten“ Revolutionen in einigen ehemaligen sowjetischen Republiken: Die „Rosenrevolution“ in Georgien, die „orange Revolution“ in der Ukraine und die „Tulpenrevolution“ in Kirgisistan. Die USA möchten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Regierungsformen etablieren, die den Kriterien der modernen

Demokratie am ehesten entsprechen. In dieser Hinsicht wiederholt sich die Situation, die aus dem Irak bekannt ist. Leider ist unklar, ob die neuen Regimes stabil und lebensfähig bleiben, und ob sie nicht noch schlimmer werden, als es die vorherigen gewesen sind. Diesbezüglich gibt es unterschiedliche Prognosen - zum Teil Besorgnis erregende.

Die Position Russlands unterscheidet sich grundlegend von der der USA. Russland betrachtet nüchtern die Situation in Usbekistan mit all ihren positiven und negativen Aspekten. Russland ist besorgt über die Lage an seinen Grenzen, und es ist beunruhigt über den kriegerischen Islamismus. Dabei handelt die russische Regierung äußerst vorsichtig. Sie bemüht sich, das „usbekische Boot“ nicht zum Kentern zu bringen.

*Das Gespräch führte Natalia Korolewa
DW-WORLD/russian, 20.5.2005*

Islamische Partei in Tadschikistan fordert Dialog zwischen Politik und Religion

Die Ereignisse in Usbekistan haben die Nachbarländer alarmiert. Der tadschikische Präsident Emomali Rachmonow rechtfertigte das Vorgehen der usbekischen Sicherheitskräfte. Aber diese Meinung teilen nicht alle Tadschiken.

Waren die Ereignisse in Andischan ein sozialer Aufstand oder eine Provokation islamischer Extremisten? Darüber haben wir mit dem Leiter des Apparats der Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans, Chikmatullo Sajfullosod, gesprochen. Er sagte der Deutschen Welle: „Das, was in Usbekistan geschah, hat sich über Jahre aufgestaut. Kurz gesagt: Der Grund sind ungelöste soziale und wirtschaftliche Probleme. Die Version der offiziellen Staatsmacht, das sei das Werk islamischer Extremisten, ist unbegründet. Die Menschen, die sich auf den Plätzen versammelten, haben eine Lösung ihrer sozialen Probleme gefordert. Ich will nicht behaupten, dass sich unter den Demonstranten keine bewaffneten Menschen befanden. Aber wer waren sie? Woher kamen sie? Ich denke nicht, dass hier die *Hizb-ut-Tahrir* verwickelt ist. Die Demonstranten wollten die Staatsordnung nicht gewaltsam verändern. Übrigens, die *Akromija* ist keine religiöse Gruppierung und schon gar nicht extremistisch. Sie befasst sich mit Geschäften.“

Politischer Dialog notwendig

Sajfullosod ist der Ansicht, dass der Einfluss religiöser Faktoren stark zunehmen könnte, wenn in einem Land wie Usbekistan Andersdenkende verfolgt würden sowie die Meinungs- und Glaubensfreiheit eingeschränkt seien. Die Behörden der zentralasiatischen Staaten, in erster Linie Usbekistans, müssten dies berücksichtigen, sagte der Leiter des Apparats der Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans: „Der Dialog zwischen weltlichen und geistlichen Vertretern ist in dieser Region unumgänglich, weil in jedem dieser Staaten über 90 Prozent der Bevölkerung Muslime sind. Natürlich, der Staat kann weltlich sein. Aber

deswegen muss ein Dialog geführt werden, vor allem mit den Vertretern des Islam, die einen politischen Dialog wollen. Aber heute führen Staatschefs wie Islam Karimow keinen Dialog. Vielleicht werden sie nun einen Schritt unternehmen, aber nur nach solch tragischen Ereignissen.»

Lehren aus dem tadschikischen Bürgerkrieg

Dass ein weltlich-islamischer Dialog möglich ist, zeige die Erfahrung Tadschikistans, meint Sajfullosod. Der tadschikische Bürgerkrieg sollte den Führungen aller Nachbarstaaten eine Lehre sein. Bis zur Aufnahme der Verhandlungen zwischen den politischen Gegnern hätten zehntausende Tadschiken sterben müssen, so Sajfullosod. Die Erfahrung habe gezeigt: „Mit Gewalt kann man keine Probleme lösen. Das führt nur dazu, dass sich radikale Gruppierungen bilden. Sogar gemäßigte Menschen werden unter solchen Bedingungen radikal.«

*Nigora Buchari-sade, Duschanbe
DW-RADIO/Russisch, 19.5.2005*

II. Internationale Reaktionen

EU-Außenminister kritisieren usbekische Regierung

Die EU-Außenminister haben in scharfem Ton die Gewaltakte der usbekischen Regierung gegen die eigene Bevölkerung kritisiert. Sanktionen hat der usbekische Präsident von Seiten der EU jedoch kaum zu befürchten.

Die Europäische Union hat die usbekische Regierung erneut aufgefordert, eine unabhängige Untersuchung von gewaltsamen Übergriffen in der usbekischen Stadt Andischan zuzulassen. Der luxemburgische Ratsvorsitzende Jean Asselborn betonte: „Wir fordern die usbekischen Behörden auf, ihre Verweigerung aufzugeben und Reformen einzuleiten, die es ermöglichen, die Wurzel der Instabilität zu packen.“

Scharfe Verurteilung von Gewalt

Außerdem müssten Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz freien Zugang nach Usbekistan erhalten. Die Außenminister verabschiedeten eine Erklärung, in der die Erschießung von Demonstranten scharf als „exzessive, unverhältnismäßige und wahllose“ Gewalt verurteilt wird. Die Sicherheitskräfte hätten ohne Vorwarnung in die Menschenmenge geschossen, lautete ein Vorwurf aus Delegationskreisen.

Stimmt der usbekische Präsident Islam Karimow einer Untersuchung nicht zu, droht die Europäische Union mit Konsequenzen. Wie diese aussehen könnten, wurde allerdings nicht näher beschrieben.

Die EU und die zentralasiatische Republik haben ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterzeichnet, das auch Sanktionen als letztes Mittel nicht ausschließt. Aus deutschen Delegationskreisen hieß es, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sei das Forum, das sich verstärkt um Usbekistan kümmern müsse. Das sei auch wichtig, um Russland und die USA, die beide Mitglieder der OSZE sind, eng einzubinden.

Unzureichende Erklärungen

Eine Erklärung des usbekischen Botschafters in Brüssel, es habe sich bei den offiziell 169 getöteten Menschen um Terroristen und Banditen gehandelt, wies der Außenbeauftragte der EU, Javier Solana, zurück. Diese Sichtweise sei sicherlich zu einfach, sagte Solana: „Die Lage dort ist schlimmer, als wir denken. Je besser wir beurteilen können, was wirklich passiert und wie wir helfen können, desto besser für alle.“ Es habe einen entsetzlichen Verlust an Menschenleben gegeben, heißt es in der Erklärung der Außenminister. Menschenrechtsgruppen sprechen von bis zu 1000 Toten.

EU-Diplomaten räumen ein, dass die Union nur wenige wirkliche Druckmittel habe, sondern auf die politische Einsicht des usbekischen Präsidenten hoffe. Aus deutschen Delegationskreisen hieß es, zwar benutze die Bundeswehr den usbekischen Flughafen Termes zur Versorgung der Internationalen Schutztruppe in Afghanistan, aber das heiße nicht, dass man von der usbekischen Regierung nicht die Einhaltung internationaler Standards verlangen könne.

Weiter hieß es, die Untersuchung der Übergriffe sei nur sinnvoll, wenn sie möglichst bald erfolge, bevor es keine Spuren und Augenzeugen mehr gebe. Der usbekische Präsident hält eine Reise von ausländischen Botschaftern, die am 18. Mai in die Stadt Andischan gereist waren, für ausreichend. Die EU bemängelt aber, dass dieser kurze Besuch nicht die gewünschten Erkenntnisse erbracht habe. Die EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner soll nun mit den usbekischen Behörden in Kontakt treten.

*Bernd Riegert, Brüssel
DW-RADIO, 23.5.2005, Fokus Ost-Südost*

Die EU darf sich nicht zum Komplizen Karimows machen

Die EU verlangt einen unabhängigen Untersuchungsbericht über die Ereignisse in Andischan. Weitere Schritte sollten folgen, um sich nicht zum Komplizen Karimows zu machen, meint Vladimir Müller in seinem Kommentar.

Präsident Karimow wollte es mit einem Spaziergang durch den zu einem Potemkinschen Dorf gewordenen Schauplatz des „blutigen Freitags“ bewenden lassen: 65 Diplomaten und ausländische Journalisten durften vier Tage später Andischan besichtigen, nachdem alle Spuren des Gemetzels beseitigt worden waren. Begegnungen mit Beteiligten waren nicht vorgesehen. Mit der Propaganda-Tour wollte das Regime einen Schlusspunkt setzen: Hinter eine Schlacht im Kampf gegen islamistische Terroristen, sagt Karimow. In Wirklichkeit: Hinter einen Massenmord, verübt durch die Einheiten des Innenministeriums.

Unabhängige Untersuchung nötig

Es ist gut, dass die Europäische Union sich mit Karimows Inszenierungen nicht zufrieden gibt und nun einen unabhängigen Untersuchungsbericht über die Ereignisse im Fergana-Tal fordert. Die Regierung in Taschkent gibt 169 Tote zu, unter ihnen sollen sich hauptsächlich militante Extremisten befunden haben. Beobachter vor Ort sprechen aber von bis zu eintausend Opfern, unter ihnen vor allem Zivilisten: auch Unbeteiligte, darunter viele Frauen und Kinder. Bis zur kirgisischen Grenze wurden Flüchtlinge von usbekischen Sicherheitskräften verfolgt und getötet, berichten Augenzeugen.

Islamismus-Vorwürfe unglaubwürdig

Dass die Unruhen von fanatischen Islamisten der *Hizb-ut-Tahrir*, der so genannten „Befreiungspartei“ geschürt worden waren, klingt unglaubwürdig. Kenner des Landes schätzen das Potenzial fundamentalistischer Unterstützer - bisher - als extrem niedrig ein. Das könnte sich ändern, nachdem das Regime des 67-jährigen Despoten Karimow nun zu den äußersten Mitteln greift: Um des Machterhalts willen soll offensichtlich jede Regung eines wie auch immer gearteten Widerstandes erstickt werden. Gründe, sich zu regen, gibt es dabei für die Usbeken zuhauf: allgegenwärtige Korruption und schlecht funktionierende Wirtschaft, die viele in die Emigration zwingt. Unterdrückung und Verfolgung Andersdenkender und ausufernder Bürokratismus des Staatsapparats, der keine Eigeninitiative zulässt. Wahlfälschungen sind nicht nötig, die Opposition ist ohnehin verboten. Menschenrechte werden missachtet, in den Gefängnissen lässt Karimow foltern.

Kritik wagen im Westen nur wenige

Dies ist seit langem bekannt, nur wenige im Westen wagten es aber, Karimows Regime offen an den Pranger zu stellen: Craig Murray, der inzwischen abberufene Botschafter Großbritanniens war einer von ihnen. US-General Myers dagegen versprach Karimow noch im letzten Sommer weitere Militärhilfe. Seit 2001 unterhalten die USA im Süden Usbekistans eine Militärbasis für Einsätze in Afghanistan. Und auch etwa 300 Soldaten der Bundeswehr sind hier stationiert. Klar, dass man den Gastgeber mit Kritik nicht vor den Kopf stoßen will.

Wirklich? Es klebt Blut an den Händen dieses Gastgebers, inzwischen für alle sichtbar. Die Erstellung eines unabhängigen Untersuchungsberichts über den blutig niedergeschlagenen Aufstand kann deshalb nur der Anfang sein. Wenn es die demokratischen Werte sind, für die die Europäische Union und natürlich auch die Vereinigten Staaten stehen, soll der Westen nun auch handeln: Sich nicht zum Komplizen eines Diktators machen, bedeutet, diesen durch geeignete Schritte zu isolieren und die demokratische Opposition zu stärken. Denn: Die Gefahr eines islamistischen Terrorismus in Usbekistan wächst tatsächlich - mit jedem Tag der Herrschaft Karimows.

*Vladimir Müller
DW-RADIO, 24.5.2005, Fokus Ost-Südost*

Die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch fordert die Freilassung eines usbekischen Menschenrechtlers. Wie Human Rights Watch am heutigen Dienstag mitteilte, haben die usbekischen Behörden den Chef der in Andischan ansässigen Menschenrechtsorganisation *Appeljazija*, Saidschachon Sajnabitdinow, inhaftiert. Nach Angaben der Menschenrechtler erfolgte die Festnahme Sajnabitdinows ohne jegliche Angabe von Gründen. Wie Human Rights Watch vermutet, hängt dies damit zusammen, dass der Bürgerrechtler öffentlich die Gewaltanwendung der usbekischen Regierung während der Unruhen am 13. Mai in Andischan kritisierte. Von ihm wurde auch den ausländischen Massenmedien mitgeteilt, dass die Zahl der Opfer in Andischan möglicherweise bei 1000 liegt, während die usbekischen Behörden über 169 Tote sprachen. Human Rights Watch kritisierte die Verhaftung Saidschachon Sajnabitdinows und forderte seine sofortige Freilassung.

Nachrichtmeldung DW-RADIO/Russisch, 24.5.2005

Menschenrechtler glauben, dass in Usbekistan möglicherweise bis zu tausend Menschen umgekommen sind. Das geht aus einer Mitteilung der Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte hervor, die in Wien veröffentlicht wurde. Im Dokument wird darauf hingewiesen, dass die Schätzung auf Grund der Informationen erfolgte, die von unabhängigen Journalisten und Menschenrechtlern vor Ort eingingen. Inzwischen teilen Presseagenturen mit, dass der Präsident Usbekistans Islam Karimow den Vorschlag der UNO über eine unabhängige Aufklärung der Massenunruhen in Andischan zurückwies. Nach vorhandenen Informationen telefonierte UNO-Generalsekretär Kofi Annan mit Karimow und schlug vor, eine offene Untersuchung der letzteren Ereignisse durchzuführen. Der usbekische Präsident lehnte ab, zeigte sich aber bereit, weitere Kontakte aufrechtzuerhalten.

Nachrichtmeldung DW-RADIO/Russisch, 20.5.2005

NATO verurteilt Vorgehen der usbekischen Führung

Nach den blutigen Unruhen im Osten Usbekistans ist der NATO-Beauftragte für Zentralasien, Robert Simmons, in die Region gereist. Bei Gesprächen mit der kirgisischen Führung kritisierte er das gewalttätige Vorgehen der usbekischen Streitkräfte. Die Regierung in Bischkek lobte er hingegen.

Die NATO verurteilt die Methoden des usbekischen Präsidenten Islam Karimow, sieht aber nicht die Notwendigkeit, ein Friedenskонтингент in die Region zu entsenden. Das erklärte der Sondervertreter des NATO-Generalsekretärs für den Kaukasus und Zentralasien, Robert Simmons. Er fügte hinzu, die NATO sei bereit, Kirgisistan bei der Sicherung der Staatsgrenze zu helfen, denn der Flüchtlingsstrom aus Usbekistan dorthin reißt nicht ab.

Usbekistan verstößt gegen NATO-Bestimmungen

Die Lage in Usbekistan war auch Hauptthema der Gespräche zwischen Robert Simmons und der kirgisischen Führung. Über die Ergebnisse seines Besuchs in Bischkek sagte Simmons, die NATO verurteile die Methoden, die von der

usbekischen Staatsmacht zur Unterdrückung des Volksaufstands angewandt worden seien. «Usbekistan hat sich als Mitglied des NATO-Programms *Partnerschaft für den Frieden* verpflichtet, innenpolitische Probleme friedlich zu lösen. Diese Verpflichtungen hat Taschkent nicht eingehalten. Wir können nur hoffen, dass die Krise ohne weiteres Blutvergießen gelöst wird», sagte Simmons vor Journalisten.

Lob für kirgisische Regierung

«Ich denke nicht, dass der Konflikt einen Grad erreicht hat, wo man irgendwelche Friedenskräfte in die zentralasiatische Region entsenden muss. Derzeit müssen in erster Linie die Sicherheit in den Grenzregionen gewährleistet und die Grenzkontrollen verstärkt werden. Die Nordatlantische Allianz ist bereit, Kirgisistan bei der Lösung dieses Problems behilflich zu sein“, so Simmons weiter. Der Sondervertreter des NATO-Generalsekretärs für den Kaukasus und Zentralasien lobte die kirgisische Führung dafür, den usbekischen Flüchtlingen ermöglicht zu haben, sich auf kirgischem Territorium aufzuhalten.

*Witalij Katargin, Bischkek
DW-RADIO/Russisch, 18.5.2005*

Der Auswärtige Amt warnt vor Reisen ins Fergana-Tal. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer drückte seine Besorgnis über die Unruhen in Andischan aus. „Man sollte alles Mögliche unternehmen, um eine weitere Eskalation der Ereignisse zu vermeiden“, sagte Fischer. Er forderte alle Teilnehmer des Konfliktes zur Zurückhaltung und zur Suche nach einer friedlichen Lösung auf. Das Auswärtige Amt warnte die deutschen Bürger vor Reisen in die Unruhegebiete. Nach Worten des Verteidigungsministers Peter Struck seien die Angehörigen der Bundeswehr, die in Usbekistan stationiert sind, außer Gefahr. 305 deutsche Soldaten sind etwa 900 Kilometer entfernt von Andischan stationiert.

Kurznachricht DW-WORLD/russian, 14.5. 2005

Die näheren Umstände der Gewaltanwendung gegen zivile Personen von Seiten der Staatsmacht in Usbekistan müssen gründlich und in aller Offenheit untersucht werden. Das forderte Bundesaußenminister Joschka Fischer in einer in Berlin veröffentlichten Erklärung. Sein britischer Kollege Jack Straw bezeichnete die Gewaltanwendung als ungerechtfertigt. „Wir sind nach wie vor beunruhigt über die Berichte darüber, dass Sicherheitskräfte in Andischan auf zivile Personen geschossen haben“, erklärte Straw. Er gab bekannt, dass der Botschafter Großbritanniens in Taschkent, David Moran, sich am Montag mit dem usbekischen Außenminister Eljor Ganijew getroffen habe und diesen aufgefordert habe, unverzüglich den Zugang für Mitarbeiter des Roten Kreuzes sowie von Journalisten und Diplomaten in Andischan zu gewährleisten. Nach den Worten des Botschafters versprach der Chef des usbekischen Außenministeriums, für Diplomaten und Journalisten am Dienstag eine Reise nach Andischan zu organisieren.

Nachrichtmeldung DW-RADIO/Russisch, 17.5.2005

Der Konflikt in Usbekistan bleibt im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Bundesaußenminister Joschka Fischer forderte die usbekische Führung auf, den Mitarbeitern von internationalen Hilfsorganisationen Zugang zu der Konfliktregion zu gewähren. UNO-Generalsekretär Kofi Annan rief die Regierung und die Opposition in Usbekistan zum Verzicht auf Gewalt auf. Die Administration der USA verurteilte die brutale Unterdrückung der Proteste in Andischan durch das Militär. US-Außenministerin Condoleezza Rice forderte die Regierung in Taschkent auf, politische Reformen durchzuführen. Während der blutigen Niederschlagung der Unruhen im Fergana-Tal im Osten Usbekistans starben mindestens 745 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder. Diese Zahl nannte am Dienstag Nigara Chidojatowa, Chefin der usbekischen oppositionellen Partei „Freie Bauern“. Nach offiziellen Angaben der Staatsführung gab es 70 Tote.

Nachrichtmeldung DW-RADIO/Russisch, 17.5.2005

OSZE- und UNO-Vertreter sind in Bezirk Susak, Gebiet Djalal-abad in Kirgisistan eingetroffen, wo sich derzeit mehr als 500 Flüchtlinge aus Usbekistan befinden. Wie die Agentur Interfax mitteilte, wollen die Vertreter der internationalen Hilfsorganisationen sich ein Bild machen über die Bedingungen, unter welchen sich die usbekischen Bürger auf neutralem Gebiet an der kirgisisch-usbekischen Grenze aufhalten. Nach Angaben der Agentur erhalten die Flüchtlinge Hilfe von Bewohnern und örtlichen Behörden. Zur Stabilisierung der Lage wurde unterdessen von kirgisischer Seite der offene Grenzverkehr mit der usbekischen Stadt Kara-Suu wiederhergestellt. Gleichzeitig gaben die Vertreter der örtlichen Behörden bekannt, dass die Grenze wieder abgeriegelt wird, falls sich die Lage im Nachbarland Usbekistan verschärfen sollte.

Nachrichtensmeldung DW-RADIO/Russisch, 16.5.2005

III. Viele Anzeichen für eine Eskalation im Vorfeld

Strafverfolgung gegen Muslime in Usbekistan

In Usbekistan stehen zurzeit 23 Unternehmer vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, einer nicht genehmigten muslimischen Bewegung anzugehören. Derartige Prozesse häufen sich in letzter Zeit. Beobachter berichten von Beschlagnahmungen und erzwungenen Geständnissen.

Menschenrechtler stellen fest: Die Anzahl der Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der Bewegung *Akromija* steigt. Dieser Tage läuft ein Prozess in Andischan: 23 Unternehmer werden beschuldigt, dieser muslimischen Bewegung anzugehören. Sie alle bestreiten, Mitglieder der umstrittenen *Akromija* zu sein.

Staatskomitee: *Akromija* ist schädlich

Die religiöse Bewegung *Akromija* wurde 1996 von Akrom Juldaschew aus Andischan gegründet. Vor zwei Jahren wurde er festgenommen. Derzeit befindet er sich in Haft. Der Vorsitzende des Komitees für Religionsfragen Usbekistans, Schoasim Minowarow, sagte der Deutschen Welle, die Organisation *Akromija* sei vom Justizministerium des Landes nicht zugelassen, also verboten: «Die *Akromija* ist eine islamische Sekte. Die Sekte wurde vom sogenannten Mullah Akram gegründet, der aus dem Fergana-Tal stammt. Er hat seine eigenen Elemente in den islamischen Ritus eingebracht. Jede freie Interpretation sogar der Riten und Gebete stört die Einheit der Muslime. Die *Akromija* ist eine schädliche Organisation - aus Sicht des Islam, aber auch im Hinblick auf die Interessen der Einheit und Stabilität jeder muslimischen Gesellschaft.»

Keine Beweise für Anklage

Im aktuellen Verfahren hat das Gericht nach Angaben des Vorsitzenden der Menschenrechtsgesellschaft *Esgulik*, Wasila Inojatowa, keine Beweise für die Schuld der Angeklagten vorgelegt. Darüber hinaus ermittelt der Nationale Sicherheitsdienst zusätzlich gegen 20 Unternehmer aus Taschkent und Andischan. Auch ihnen wird die Mitgliedschaft in der Bewegung *Akromija* zur Last gelegt. Nach Ansicht des Vorsitzenden der Menschenrechtsgesellschaft Usbekistans, Talib Jakobow, werden in allen diesen Fällen junge Unternehmer angeklagt. Der Menschenrechtler meint, hinter der Bekämpfung der nicht zugelassenen muslimischen Organisation *Akromija*, die nicht extremistisch sei, stünden finanzielle Interessen.

Wertgegenstände beschlagnahmt

Das Schicksal von 20 Mitarbeitern des Möbelproduzenten *Turon Production* aus Taschkent und Andischan ist nach Ansicht Jakobows ein warnendes Beispiel: Die Arbeiter wurden im vergangenen Jahr von Vertretern des Nationalen Sicherheitsdienstes festgenommen. Bei der Durchsuchung ihrer Wohnungen beschlagnahmten die Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsdienstes Wertsachen, Telefone, Autos und Bargeld. Den Festgenommenen zufolge wurde kein Protokoll über die beschlagnahmten Gegenstände verfasst. Das erinnert Talib Jakobow zufolge an die Enteignungen der 30er Jahre in der Sowjetunion: «Die Staatsmacht richtet ihr Augenmerk vor allem auf Unternehmer und Menschen, die über Geld verfügen.»

Geständnis erzwungen

Dem stellvertretenden Direktor des Möbelherstellers *Turon Production*, Mamudschon Kurbonow, zufolge, seien seine Mitarbeiter von den Ermittlern des Nationalen Sicherheitsdienstes gefoltert worden. Man habe ihnen gedroht, ihre Frauen zu vergewaltigen, wenn sie ein Geständnis, der *Akromija* anzugehören, nicht

unterschreiben würden. Kurbonow erzählt: „Sie sagten, sie seien zu allem fähig. Wenn ich die Folterungen aushalten würde, dann würden sie eben meine Frau herschaffen und sie im Nebenraum vernehmen. Ich würde dann alles hören. Sie sagten, meine Frau sei wahrscheinlich schön...Ich konnte das nicht ertragen und habe alle erfundenen Aussagen unterschrieben.“

Opfer fordern Entschädigung

Dem Unternehmer zufolge wurden die jungen Leute wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem sie schriftlich zugesichert hatten, das Land nicht zu verlassen. Ihnen wurde versichert, dass bald ein Gerichtsverfahren in dieser Angelegenheit stattfinden werde. Nach Ansicht der Anwälte der Angeklagten, Ruchutdin Kamilow und Kabuldschon Wachidow, verfügen die Ermittler über keine Beweise für die Schuld ihrer Mandanten, denen die Mitgliedschaft in der Bewegung *Akromija* und staatsfeindliche Aktivitäten vorgeworfen werden. Diejenigen, die Opfer des Vorgehens des Nationalen Sicherheitsdienstes geworden sind, fordern unterdessen, die Verfolgung von Muslimen zu stoppen und den entstandenen moralischen und materiellen Schaden wieder gutzumachen.

*Natalja Buschujewa, Taschkent/Vitali Volkov
DW-RADIO/Russisch, 8.5.2005*

Protest gegen Miliz-Willkür in Usbekistan

In Taschkent hat vor dem Stadtgericht eine Demonstration von Frauen stattgefunden. Sie meinen, Muslimen werde unbegründet religiöser Extremismus vorgeworfen. Es komme auch zu gesetzwidrigen Festnahmen und Verurteilungen.

Anlass für die Protestaktion, an der sich mehr als 30 Frauen beteiligten, ist der Gerichtsprozess gegen den 20-jährigen Schuchrat Abdurachmanow, einen Einwohner Taschkents. Ihm wird vorgeworfen, für die extremistische Organisation *Hizb-ut-Tahrir* aktiv gewesen zu sein. Die Protestaktion begann kurz vor der Urteilsverkündung. Die Frauen stellten sich mit Plakaten vor das von der Miliz abgesperrte Gerichtsgebäude und forderten laut die Freilassung des Angeklagten.

„Anklage ist fabriziert“

Abdurachmanows Anwalt, Rustam Tuljaganow, sagte: „Dieser Fall wurde von Mitarbeitern des Innenministeriums fabriziert. Er wurde in eine Milizdienststelle geladen, wo er mit seiner Mutter erschien. Dort wurde er von vier Mitarbeitern der

Miliz festgenommen und daraufhin in die Abteilung des Innenministeriums gebracht. Ihm wurden Handschellen angelegt und er wurde durchsucht. Dabei wurden in seiner hinteren Hosentasche drei Flugblätter der *Hizb-ut-Tahrir* ‚gefunden‘, aber diese Flugblätter haben ihm die Milizionäre selbst untergeschoben."

„Menschenrechte auf gröbste Weise verletzt“

Die Vertreterin der *Initiativgruppe unabhängiger Menschenrechtler Usbekistans*, Farida Rachimowa, befasste sich mehrere Monate lang mit dem Fall Abdurachmanow. Sie meint, dass hier Menschenrechte seitens der Rechtsschutzorgane auf gröbste Weise verletzt wurden: „Der Student des Instituts für Fremdsprachen, Schuchrat Abdurachmanow, wurde zur Abteilung des Innenministeriums gebracht. Dort hat man ihm 30-Kilogramm-Gewichte an die Beine gehangen. Auf den Beinen wurden Zigaretten ausgedrückt. Danach drohten ihm zwei Miliz-Mitarbeiter die Injektion von Heroin an. Sie schlugen ihm vor, schneller zu ‚gestehen‘, dass er die Flugblätter bei sich gehabt hatte."

„Gesetzwidriges Urteil“

Das Gerichtgebäude durften nur die Mutter, zwei Schwestern sowie der Anwalt von Schuchrat Abdurachmanow betreten. Nach der Protestaktion teilte Anwalt Rustam Tuljaganow den Demonstranten das Urteil mit. Abdurachmanow wurde zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Der Anwalt betrachtet das Urteil als gesetzwidrig und kündigte an, das Urteil nicht hinzunehmen. Auch Abdurachmanows Angehörige wollen nicht aufgeben.

*Natalja Buschujewa, Taschkent
DW-RADIO/Russisch, 11.4.2005, Fokus Ost-Südost*

Usbekistan: Drohen neue Repressionen gegen kritische Journalisten?

Usbekische Journalisten fanden im Internet eine Liste mit Namen von Kollegen, gegen die angeblich das Innenministerium vorgehen will. Die Behörde selbst hüllt sich in Schweigen. Die Angst unter den Journalisten wächst.

Auf usbekischen Internetseiten ist eine angebliche „schwarze Liste“ mit Namen von Journalisten erschienen, die der Staatsmacht unbequem sind. Mehr noch: Den Informationen zufolge soll es einen Regierungsplan geben, der Repressionen gegen missliebige Journalisten vorsieht. Dabei soll es sich um ein Dokument

handeln, das angeblich aus dem Innenministerium stammt. Das Dokument soll als streng geheim mit der Nummer EH 456798 gekennzeichnet und auf den 5. März datiert sein. Es enthält eine Liste mit 65 bekannten Journalisten und Menschenrechtlern.

Der Innenminister schweigt

In diesem Dokument sollen konkrete Maßnahmen beschrieben sein, die von Zwangseinweisung in medizinische Behandlung bis hin zur Ausweisung aus dem Land reichen. Auf der Liste, die Internet verbreitet wurde, stehen nicht nur usbekische Journalisten. Auch der Leiter des *Moskauer Zentrums für Journalismus unter extremen Bedingungen*, Oleg Panfilow, ist auf der Liste. Er soll im Falle einer Einreise des Landes verwiesen werden. Auf der Liste steht auch die Korrespondentin der Deutschen Welle in Usbekistan, Natalja Buschujewa. In diesem Zusammenhang hat eine Gruppe usbekischer Journalisten einen Brief an den Innenminister des Landes, Sakir Almatow, mit der Bitte gerichtet, die Existenz dieser Liste zu bestätigen oder zu dementieren. Das Innenministerium lehnte jedoch bisher eine Stellungnahme ab.

Druck auf Journalisten nimmt zu

Auch die Leiterin des usbekischen Büros des Londoner *Institute for War and Peace Research*, Galima Bucharbajewa, befindet sich auf der Liste. Sie sagte der Deutschen Welle: „Einerseits könnten wir davon ausgehen, dass es unseriös wäre, auf solchen Nonsens zu reagieren. Andererseits haben wir in den vergangenen Monaten gespürt, dass der Druck seitens der Staatsmacht auf unser Team zunimmt. Unsere Journalisten werden unter Druck gesetzt.“

Handelt es sich „nur“ um eine Provokation?

Wenn es sich aber bei den Meldungen über eine „schwarze Liste“ lediglich um eine Provokation handeln sollte, dann lautet die Frage: Richtet sie sich gegen den Innenminister oder gegen Journalisten und Menschenrechtler? Um festzustellen, wer der Verfasser des im Internet veröffentlichten Dokuments ist, haben Journalisten den Schreibstil analysiert. Dazu sagte Bucharbajewa: „Meine Kollegen und ich können sagen, dass kein Journalist einen solchen Text verfassen würde. Dem Stil nach kann man erkennen, dass der Text in den Rechtsschutzorganen verfasst worden sein könnte. Das ist ein bürokratischer Text und ich vermute, dass er aus dem Innenministerium stammt. Möglicherweise hatte der Verfasser des Artikels im Internet Zugang zu jenem Dokument. Vielleicht will er uns warnen, oder er stammt aus dem gegnerischen Lager und will uns einschüchtern.“

Zwang zur Selbstzensur?

Bucharbajewa meint, die Veröffentlichung der angeblichen Liste im Internet könnte sich gezielt gegen Journalisten richten. Sie erklärte: „Vielleicht hat die Serie der Artikel zum Ziel, uns zur Selbstzensur zu zwingen.“ Die Leiterin des usbekischen Büros des Londoner *Institute for War and Peace Research* meint, dass viele Journalisten

nun möglicherweise brisante Themen nicht mehr behandeln würden. Noch immer warten die Journalisten auf eine Stellungnahme des Innenministers. Dazu Bucharbajewa: „Ich denke, Almatows Schweigen ist ein Signal, dass wir tatsächlich vorsichtig sein müssen.“

*Jurij Tschernogajew, Natalja Buschujewa, Taschkent
DW-RADIO/Russisch, 13.4.2005*

Geheime Hinrichtungen in Usbekistan

In Usbekistan wird die Todesstrafe verhängt und auch vollstreckt. Genaue Zahlen werden aber nicht veröffentlicht. Um internationale Kritik schert sich Usbekistan nicht, meint Imke Dierßen von *amnesty international*.

Neuesten Zahlen zufolge wurden im vergangenen Jahr weltweit etwa 7400 Todesurteile verhängt, von denen 3797 vollstreckt wurden. China führt die traurige Statistik an, gefolgt von Iran, Vietnam und den USA. Unter den GUS-Staaten gibt es zwei Staaten, in denen Todesstrafen verhängt und vollstreckt werden – in Belarus und Usbekistan. Menschenrechtlern zufolge ist Usbekistan ein Sonderfall, weil Zahlen über verurteilte Personen in Usbekistan geheimgehalten werden. Angehörige hingerichteter Personen werden nicht informiert, wann die Todesstrafe vollstreckt und wo der Verurteilte begraben wurde. Über die Lage in Usbekistan sprachen wir mit der Vertreterin des deutschen Büros von *Amnesty International*, Imke Dierßen.

DW-RADIO/Russisch: Wie bewerten Sie derzeit die Lage in Usbekistan?

Imke Dierßen: Usbekistan würde, was die Todesstrafen-Praxis anbetrifft, eine sehr schlechte Note bekommen. Dort wird nicht nur die Todesstrafe verhängt, sondern auch leider vollstreckt. Es ist für uns allerdings nicht möglich zu erfahren, um wie viele Todesurteile und Hinrichtungen es geht, weil Usbekistan die Zahlen leider geheim hält. Wir wissen nur, dass Todesurteile in unfairen Gerichtsverfahren verhängt werden. Oft werden auch Geständnisse im Vorfeld durch die Anwendung von Folter erpresst, so dass es durchaus auch Unschuldige treffen kann, in Usbekistan zum Tode verurteilt und dann auch hingerichtet zu werden.

Wie viele Fälle von Todesstrafe sind Ihnen in letzter Zeit bekannt geworden?

Wir wissen von vielen Fällen, gehen aber davon aus, dass es eben bei weitem nicht alle Fälle sind, wo es zu Hinrichtungen kommt. Wir haben aber beispielsweise beobachtet, dass auch Personen zum Tode verurteilt wurden, denen politischer Extremismus vorgeworfen wurde. Da haben wir Zahlen. Seit 1998 wurden mindestens 42 Personen zum Tode verurteilt. Die Zahlen sind aber wohl bei weitem höher. Wir müssen befürchten, dass ein junger Mann im Februar oder März hingerichtet wurde. Bei ihm gehen wir davon aus, dass er tatsächlich in Taschkent im Polizeigewahrsam gefoltert wurde und in diesem Zusammenhang einen Mord gestanden hat und man aber nicht sicher sein kann, ob er diesen Mord auch verübt hat.

Der UN-Menschenrechtsausschuss hat die usbekische Regierung gebeten, die Hinrichtung auszusetzen, da es Zweifel an der Fairness des Verfahrens gibt. Man muss aber befürchten, dass Usbekistan diesen jungen Mann trotzdem hingerichtet hat. Das wäre kein Einzelfall. Der UN-Menschenrechtsausschuss hat häufig um Aufschiebung von Vollstreckungen gebeten. Wir haben aber einige Fälle dokumentieren müssen, wo Usbekistan trotzdem hingerichtet hat. Usbekistan schert sich da leider nicht um die internationale Kritik und schon gar nicht um UN-Mechanismen, zu deren Einhaltung es eigentlich verpflichtet ist.

Wurden auch politische Häftlinge zum Tode verurteilt?

Wir wissen, dass es auch politische Gefangene gibt. Gerade bei den Personen, denen politischer Extremismus vorgeworfen wird, gehen wir davon aus, dass der Vorwurf keine ausreichende Begründung hat. Es betrifft häufig Menschen, die einfach nur ihren muslimischen Glauben ausüben möchten und denen dann politischer Extremismus vorgeworfen wird. Diese Fälle betrachten wir als politische Fälle. Gerade bei den Fällen, die politisch sind, ist die Todesstrafe ein Mittel, um politisch missliebige Personen mundtot zu machen und damit politische Opposition nicht in die Öffentlichkeit zu bringen. Man kann auch gerade in einer Zeit, wo viel über Sicherheit und Terrorismus-bekämpfung gesprochen wird, der Öffentlichkeit harte Fakten vorlegen und sagen: ‚Wir sind bereit und willens und in der Lage, Sicherheit im Land zu schaffen und Terrorismus und Kriminalität zu bekämpfen.‘ Da ist die Todesstrafe aus Sicht der usbekischen Regierung sicherlich ein probates Mittel.

*Das Interview führte Daria Brjanzewa
DW-RADIO/Russisch, 5.4.2005, Fokus Ost-Südost*

Usbekische Oppositionelle fürchten eine Eskalation der Gewalt

Unmittelbar vor den blutigen Unruhen in Andischan fragte die Deutsche Welle usbekische Oppositionelle: Kann es in Usbekistan zu einer Revolution nach

kirgisischem Muster kommen?

Nach tagelangen Protesten hat im März die Opposition in Kirgisistan die Macht übernommen und Hoffnungen auf einen demokratischen Wandel in Zentralasien geweckt. Welche Auswirkungen haben die Revolutionen in Georgien, der Ukraine und in Kirgisistan auf ein Land wie Usbekistan, das autoritär von Präsident Karimow geführt wird? Usbekische Menschenrechtler und Oppositionsvertreter glauben nicht an die Chance eines friedlichen Wandels – sie fürchten eine Eskalation der Gewalt für den Fall einer massenhaften Protestbewegung.

Marat Sachidow, der Vorsitzende des usbekischen *Komitees zum Schutz der Menschenrechte*, ist überzeugt, dass ein Szenario nach dem Vorbild des weitgehend friedlichen Umsturzes in Kirgisistan für Usbekistan nicht vorstellbar sei. In einem Gespräch mit der Deutschen Welle sagte er: „Derzeit ist das in Usbekistan unmöglich, weil die zentrale Staatsmacht in Usbekistan sehr stark ist. Zu Protesten wird es in entlegenen Regionen kommen, aber sie werden keinen massenhaften Charakter annehmen, weil die zentrale Staatsmacht die Lage gewaltsam unter Kontrolle halten wird.“

„Machtwechsel dringend notwendig“

Früher oder später, meint Atanasar Aripow, ein führendes Mitglied der oppositionellen Partei *Erk*, müsse es in Usbekistan zu einem Machtwechsel kommen. Aber auch Aripow weist darauf hin, dass die politische Lage nicht vergleichbar sei mit der in Kirgisistan vor dem Sturz des Präsidenten Akajew: „In Kirgisistan gab es mehr Demokratie und weniger Diktatur. Weil es aber in Usbekistan mehr Diktatur und weniger Demokratie gibt, haben unsere Behörden bereits Gegenmaßnahmen ergriffen, um solche Ereignisse zu verhindern. Aber ein Wechsel des politischen Kurses und der politischen Elite ist im Vergleich zu Kirgisistan in Usbekistan viel dringender. Deswegen: Je schneller der politische Kurs geändert wird, desto weicher wird der Machtwechsel verlaufen.“

„Samtene Revolution möglich“

Der Vorsitzende der usbekischen Initiativgruppe Unabhängiger Menschenrechtler, Surat Ikramow, meint, es gebe in Usbekistan viele Gründe für eine Revolution. Der politische Wandel in Kirgisistan wird seiner Meinung nach die Stimmung der Bürger in Usbekistan beeinflussen: „Das, was in Kirgisistan geschah, wird auf Usbekistan überspringen. Die Menschen sagen häufig, dass sie das Regime leid sind. Sie verstehen, dass man in Usbekistan nur eine Zukunft haben wird, wenn man gegen die Staatsmacht irgendwie vorgeht. Ich denke, dass in Usbekistan eine so genannte samtene Revolution möglich ist.“

„Blutige Ereignisse unvermeidlich“

Wenn es in Usbekistan zu einer massenhaften Protestbewegung kommen sollte, würde es kein samtene Szenario werden, meint dagegen der Vorsitzende des usbekischen *Komitees zum Schutz der Menschenrechte*, Marat Sachidow:

„Usbekistan hat eine fünf bis sechs mal größere Bevölkerungszahl als Kirgisistan. Wenn hier die Ereignisse massenhaften Charakter annehmen, dann wird man den Verlauf nicht vorhersehen können. Genauer gesagt: Das werden blutige Ereignisse sein. Diese Erfahrung haben wir bereits in der Perestroika-Zeit gemacht.“

„Lage explosiv“

Usbekistan gleiche einem Pulverfass, das jederzeit explodieren könne. Das meint auch die Generalsekretärin der nicht zugelassenen oppositionellen Partei Birlik und Vorsitzende der usbekischen Menschenrechtsgesellschaft *Esgulik*, Wasilija Inojatowa in einem Interview mit der Deutschen Welle: „Usbekistan ist nicht Georgien, nicht die Ukraine und nicht Kirgisistan. Wenn es hier zu Unruhen kommt, dann wird man die Menschenmassen nur schwer kontrollieren können. Das ist eigentlich unmöglich. Wenn eine Protestwelle in Gang kommen sollte, dann werden die Menschen weder auf die Demokraten noch auf die Regierung hören. Ich denke, Usbekistan ist ein Pulverfass, das jederzeit explodieren kann.“

*Natalija Buschujewa
DW-RADIO/Russisch, 4.4.2005*

Umstrittene Parlamentswahlen in Usbekistan

Die von Präsident Karimow unterstützten Liberaldemokraten feiern ihren Wahlsieg. Die OSZE konnte ihre Kritik an der Wahl nicht wiederholen: beim zweiten Wahlgang waren keine ausländischen Beobachter mehr zugelassen.

Erstmals in der Geschichte des unabhängigen Usbekistan wird eine einzige Partei, und zwar die bei den Parlamentswahlen als Sieger hervorgegangene Liberaldemokratische Partei, die Regierung des Landes bilden. Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission Usbekistans, Buritoscha Mustafajew, teilte am Montag (10.1.) auf einer Pressekonferenz das vorläufige Ergebnis der Stichwahlen zum gesetzgebenden Unterhaus des neuen Zweikammerparlaments des Landes mit.

Der Wahlgang wurde am Sonntag (9.1.) in 58 von 120 Wahlkreisen des Landes wiederholt, da in diesen Wahlkreisen im ersten Wahlgang im Dezember (26.12.) keiner der Kandidaten die notwendigen 50 Prozent plus eine Stimme erhalten hatte. Im ersten Wahlgang konnten die Liberaldemokraten aber schon 21 Mandate erringen, doppelt so viele, wie die anderen vier Parteien. Dem vorläufigen Ergebnis zufolge erhalten die Liberaldemokraten ein Drittel der 120 Sitze im gesetzgebenden Unterhaus des Parlaments. Es sei daran erinnert, dass die OSZE-Mission die Wahl im Dezember als undemokratisch kritisiert hatte. Beim zweiten Wahlgang gab es keine ausländischen Beobachter mehr.

Partei Gründung auf Initiative des Präsidenten

In Usbekistan ist es kein Geheimnis, dass die Liberaldemokratische Partei gegenüber ihren Konkurrenten Vorzüge genießt. Die Partei wurde auf Initiative von Präsident Karimow erst vor einem Jahr gegründet. Ihr traten fast alle Leiter der lokalen Behörden bei, aber auch all diejenigen, die noch Karriere machen wollen. Der Führer der Liberaldemokraten, Machamadschon Achmedschanow, erhielt vor kurzem einen bedeutsamen Posten - den des ersten stellvertretenden Bürgermeisters von Taschkent.

Das Mitglied des Exekutivkomitees der Liberaldemokratischen Partei, Schuchrat Nargitow, betonte, dass seine Partei schon im Wahlkampf nur auf einen Sieg eingestimmt gewesen sei. Er unterstrich aber: „Ich würde nicht sagen, dass allein die Beschlüsse unserer Fraktion entscheidend sein werden, da bei der Verabschiedung von Gesetzen auch die Interessen der anderen Fraktionen berücksichtigt werden müssen.“

Der neue Senat

Der Zeitplan für die Bildung der Machtorgane sieht wie folgt aus: Zwischen dem 14. und 23. Januar werden in allen Gebieten und in Taschkent gemeinsame Versammlungen der Abgeordneten der lokalen Machtorgane stattfinden, bei denen die Abgeordneten aus ihren Reihen Senatoren wählen werden – sechs von jedem Gebiet. 16 Senatoren werden von Präsident Karimow ernannt. Wenn es zu keinen Wahlwiederholungen kommt, dann wird um den 10. Februar die Besetzung des Senats veröffentlicht. Danach wird gemäß Artikel 98 der usbekischen Verfassung die derzeitige Regierung dem neuen Parlament ihren Rücktritt einreichen. Da die Liberaldemokratische Partei im neuen Parlament über eine Mehrheit verfügen wird, ist davon auszugehen, dass der derzeitige Premierminister Schawkat Mirsijajew, der Mitglied dieser Partei ist, eine neue Regierung bilden wird.

*Jurij Tschernogajew,
DW-RADIO / Russisch, 10.1.2005, Fokus Ost-Südost*

Wahlfarce in Usbekistan

Zwei Wochen nach der Parlamentswahl haben in Usbekistan Stichwahlen stattgefunden. Doch der Ausgang dieses Urnengangs war von Anfang an klar. Gewinnen konnten nur regimefreundliche Parteien. Vladimir Müller kommentiert.

Das einzig Neue nach der Wahl, die die meisten im Lande nicht interessierte, ist die zweite Parlamentskammer. In den Hallen des neu errichteten Repräsentativbaus mitten im Taschkenter Regierungsviertel sollen bald 100 Senatoren die Belange der 14 Regionen Usbekistans vertreten. Doch so wie die 120 Abgeordneten des gesetzgebenden Unterhauses sind auch die Senatoren keine Repräsentanten ihres Volkes. Denn mit Pluralismus hatte diese Wahl nichts zu tun. Nur fünf regimetreue Parteien durften antreten. Den drei Oppositionsparteien wurde eine Registrierung verweigert.

Keine europäischen Standards

Entsprechende Einwände der OSZE ließ Staatspräsident Islam Karimow nicht gelten. Europa habe nicht das exklusive Recht, Wahlen zu bewerten, beeilte sich der 66jährige zu erklären. Eine andere Wahlbeobachtergruppe - die der GUS-Länder - habe doch feststellen können, dass die Wahl in Usbekistan "rechtmäßig, frei und transparent" gewesen sei. Nur: die Kriterien der von Russland angeführten ehemaligen Sowjetrepubliken entsprechen nicht gerade den europäischen Standards.

Um die kümmert sich Karimow, der seit 15 Jahren das zentralasiatische Land mit 25 Millionen Einwohnern nach Gutsherrenart regiert, ohnehin nicht. Seine Aufrufe, sich die EU als Vorbild zu nehmen, wie im Sommer auf einer Konferenz der zentralasiatischen Staaten, bleiben Lippenbekenntnisse. An einer Demokratisierung ist der Patriarch Karimow nicht interessiert. Die ersten Demokratieversuche nach der Gründung des unabhängigen Usbekistan 1991 ließ er schnell ersticken, seine Widersacher mussten das Land verlassen oder wurden eingesperrt. Bürgerliche Freiheiten gibt es in Usbekistan nicht.

Karimow: Vorteil durch Kampf gegen Terror

Als hilfreich für Karimows Polizeistaat erwies sich die Ausrufung des weltweiten Kriegs gegen den islamistischen Terrorismus durch die USA. Durch Bereitstellung von Militärbasen für die US-Armee und ihre Verbündeten wählte sich Karimow gefeit vor Angriffen ausländischer Kritik wegen Menschenrechtsverletzungen. Unter dem Vorwurf des religiösen Extremismus ließ er Tausende Menschen einsperren. Die tatsächliche Radikalisierung der ansonsten ruhigen und nicht zum Fanatismus neigenden usbekischen Muslime hat der Präsident aber selbst zu verantworten - nur innerhalb der staatlich kontrollierten Moscheen ließ er sie ihren Glauben praktizieren.

Mittlerweile wurde Usbekistan die US-Wirtschaftshilfe gekürzt, Karimow aber findet in Russlands Präsident Wladimir Putin einen alt-neuen Verbündeten. Dieser fragt nicht nach Menschenrechten noch nach Demokratiedefiziten, nur Wirtschaftsinteressen zählen.

Diese haben aber auch die Bürger Usbekistans. Im tagtäglichen Kampf ums Überleben mitten in einer heruntergekommenen Wirtschaft merken sie allmählich, wie die Aussicht auf ein besseres Leben für sie immer unerreichbarer wird. Der Präsident des durch Korruption zerfressenen Staates behauptet, die europäischen Schlussfolgerungen aus der Wahl seien für ihn nicht wichtig. Schließlich liege

Usbekistan nicht in Europa, sondern in Zentralasien. Er könnte eines besseren belehrt werden: Es war schließlich die Missachtung europäischer Demokratie-Prinzipien, die in den Ex-Sowjetrepubliken Georgien und Ukraine zu gesellschaftlichen Umwälzungen führte. Es bleibt abzuwarten, ob eine solche Welle auch das weiter entfernte Zentralasien erreichen wird.

Vladimir Müller

DW-RADIO, 10.1.2005, Fokus Ost-Südost

Deutsche Welle Fokus Ost-Südost

Ihr neuer Newsletter mit Berichten und Analysen aus und über Ost- und Südosteuropa

Wie weit sind Rumänien und Bulgarien auf dem Weg in die EU? Gelingt die nachhaltige Stabilisierung des westlichen Balkan? Ist in der EU Platz für die Türkei? Und wie wirkt sich die „orange“ Revolution der Ukraine in anderen Staaten aus – zum Beispiel in Moldova und Zentralasien?

Informationen zu diesen Fragen liefert der neue Fokus Ost-Südost der Deutschen Welle – als Newsletter und im Internet unter www.dw-world.de/ostfokus

Der Fokus Ost-Südost bietet jede Woche exklusiv aktuelle Beiträge und Analysen der DW-Radioprogramme für Ost-, Südosteuropa und die GUS-Staaten. Korrespondenten berichten direkt aus der Region.

Als Newsletter erreicht der Fokus Ost-Südost mehr als 1.500 Abonnenten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Auch Sie können den Newsletter kostenlos jede Woche erhalten. Eine E-Mail an die Redaktion genügt: ostfokus@dw-world.de